

9

Bonn, Dienstag 8. November 1966

Sprecher: Adorno, Altmeier, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Erhard, Even, [Fricke], Gerstenmaier, Grundmann, Gürk, Heck, Hellwig, Katzer, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lücke, Meyers, Noltenius, Rasner, Röder, Scheufelen, Schröder, Seehoehn, Stoltenberg, Strauß, Wagner.

Entschließung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 2. November 1966.

Beginn: 11.30 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

ENTSCHLIESSUNG DER BUNDESTAGSFRAKTION DER CDU/CSU VOM 2. NOVEMBER 1966

*Erhard:* Meine lieben Parteifreunde, meine werten Kollegen! Ich danke Ihnen, daß Sie zu dieser Sitzung des Bundesparteivorstands erschienen sind. Ich glaube, die Lage erfordert dringend eine eingehende Aussprache.

Wenn ich Ihnen einen Bericht gebe, dann kommt es mir auch in dieser Stunde darauf an, nicht etwa eine parteipolitisch gefärbte Geschichtsklitterung zu betreiben, sondern zur Selbstbesinnung zu mahnen und wirklich die Dinge so zu sehen, wie sie sind und wie sie vor allen Dingen in Bonn sind.

Man spricht von einer Regierungskrise. Die ist zweifellos vorhanden. Man glaubt, den Anfang allenthalben feststellen zu können bei dem Auszug der FDP-Minister aus dem Kabinett.<sup>1</sup> Das hat sicher den letzten Anstoß zum offenen Ausbruch gegeben. Aber es wäre falsch, es wäre nicht ehrlich – unbeschadet des Verhaltens der FDP-Minister und der FDP-Fraktion und Partei –, nicht zugestehen zu wollen, daß die Krise schon viel früher bestanden hat.

Es ist keine Staatskrise, sondern es ist eine innere Führungskrise unserer eigenen Partei. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Sie hat nicht mit dem Auszug begonnen; das war der 27. Oktober dieses Jahres. Sie geht weit zurück. Sie hat auch nicht etwa bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen vom 10. Juli begonnen. Sie hat noch nicht einmal bei den für uns so günstigen Bundestagswahlen vom 19. September 1965 begonnen. Die Wurzel reicht noch weiter. Ich denke an die Kabinettsbildung im Jahre 1961, ich denke an die ganzen Fragen, die sich um die Wahl des Bundespräsidenten herumrankten.<sup>2</sup>

1 Die vier FDP-Minister Ewald Bucher, Rolf Dahlgrün, Erich Mende und Walter Scheel demissionierten am 27. Oktober 1966 nach einer Sitzung ihrer Fraktion. Vgl. HILDEBRAND S. 223–231 – auch zum Folgenden. Vgl. auch FDP-BUNDESVERSTANDSPROTOKOLLE Nr. 77a.

2 Anspielung auf „Präsidentenkrise“ von 1959, die langwierigen Koalitionsverhandlungen mit der in der Bundestagswahl 1961 gestärkten FDP und die Wiederwahl Lübkes 1964, der eine Große Koalition befürwortete. Vgl. MORSEY S. 391–408.

Seit dieser Zeit ist im Grunde genommen unsere Partei nicht mehr zur rechten inneren Ruhe und vor allen Dingen zu einer festen Geschlossenheit gelangt. Die Dinge haben sich natürlich von Jahr zu Jahr gesteigert. Was sich seit dem 10. Juli ereignet hat, ist nicht etwa das Versagen der Regierung gewesen, so wenig wie etwa die Zeit vom 19. September vorigen Jahres bis zum 10. Juli dieses Jahres den Grund für die wenig erfreuliche Wahl in Nordrhein-Westfalen abgegeben hat. Das alles hat eine tiefere Wurzel.

Ich glaube, die Geschichtsschreibung wird einmal feststellen, mit welchen Mitteln im einzelnen versucht worden ist, diesen inneren Zusammenhalt der Fraktion und unserer Partei mehr und mehr zu lösen. Trotzdem: Ich habe mich an all diesen Machenschaften der verschiedensten Art nicht beteiligt. Ich habe keine irgendwie persönlich gefärbten Interviews gegeben, ich habe niemand angegriffen. Im Gegenteil, ich versuchte immer wieder, die Wogen etwas zu glätten. Aber es war bei dieser aufgeregten hektischen Situation nicht mehr möglich. Das möchte ich vorausschicken, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir hätten eine Krise, die jetzt kaum 14 Tage alt sei. Das ist nicht der Fall.

Ich nehme die FDP ganz bestimmt nicht in Schutz. Was sie sich geleistet hat, widerspricht nicht nur jeder menschlichen Logik, sondern eigentlich den demokratischen Spielregeln. Die Minister, die an einem Haushalt mitgearbeitet haben – der Finanzminister wurde sogar von der FDP gestellt –, wechseln sozusagen über Nacht ihre Position.

Ich darf einmal, weil diese Zeit besonders bedeutsam erscheint, etwas zusammenfassen. Am 24. und 25. Oktober haben drüben in meinem Haus lange, bis über Mitternacht währende Gespräche – und am 25. noch den ganzen Nachmittag – zwischen der CDU/CSU und der FDP mit eigentlich nur einem Gegenstand der Aussprache stattgefunden: Wir müssen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Nachdem der steile Anstieg aus den verschiedensten Gründen – nicht zuletzt wegen Erschöpfung des Arbeitsmarktes, auch wegen Verschärfung der Wettbewerbssituation und der innerwirtschaftlichen Situation, der finanziellen Situation der Unternehmungen – schwieriger geworden ist, sind wir in Bedrängnis geraten. Die Zuwachsrate, die wir heute erzielen – das gleiche gilt sicher auch noch für das nächste und übernächste Jahr –, reichen angesichts der Dynamik oder Automatik – wie Sie es nennen wollen, ich denke an gar nichts Bestimmtes, sondern nur an die Methode – nicht mehr aus. Wir haben Ausgaben beschlossen, die für die nächsten Jahre immer schon eine gewisse Steigerung hineinbringen, nach dem Motto: Sehet die Vögel unter dem Himmel an, sie säen und ernten nicht, und unser himmlischer Vater nähret sie doch. Damit sind wir in einen Zustand geraten, daß selbst normale Zuwachsrate – und zwar im internationalen Vergleich ganz ansehnliche Zuwachsrate von 3 und 4% – nicht mehr ausreichen, um von dem Steuermehraufkommen allein das zu bezahlen, was aus gesetzlicher Bindung und Verpflichtung zwingend an uns herankommt. Wir sind völlig immobil geworden, denn die schmale Spanne von Mitteln, die noch als Manövriermasse verbleibt, ist zweifellos zu klein geworden, um Politik zu betreiben, ja sie reicht noch nicht einmal aus, um die

fälligen notwendigen Ausgaben zu begleichen und dringlichste Anliegen zu erledigen. Das ist die Situation.

In dieser Lage gehört zweifellos Mut zur Einsicht dazu, um daraus die rechten Entschlüsse abzuleiten. Diese Entschlüsse können nur dahin lauten: Das, was wir zuviel für uns beansprucht haben, muß nun wieder ausgeglichen werden. Ich nehme dabei alle Bereiche. Ich nehme den zivilen Bereich, den zivilen Konsum, ich nehme die Anforderungen der öffentlichen Hand, auch die an dieser oder jener Stelle übertriebenen Sozialaufwendungen, vielleicht nicht so sehr die einzelnen Personen, als überhaupt die Aufwendigkeit, die getrieben worden ist. Das alles hat dazu geführt, daß wir nun ans Sparen denken müssen.

Die Diskussion mit der FDP erstreckte sich nun auf folgende Gegenstände. Die FDP sagte: Wir müssen zuerst alles tun, um einzusparen. Wir sagten: Einverstanden, wir setzen das als These Nr. 1. Dann sagte die FDP: Dann müssen wir von den Privilegien wegkommen, von den Steuervergünstigungen, von Subventionen. Wir sagten: Einverstanden, das genießt die Rangordnung Nr. 2. Aber wir haben, wohl wissend wie die Lage ist – und die FDP kannte sie genausogut –, gleichzeitig gesagt: Das wird alles nicht ausreichen, wir werden um gewisse Steuererhöhungen nicht herumkommen, d. h. also eben die Dinge zu tun, die nicht gerade populär sind. – Wir haben in unserer Partei immer dann besonders gute Erfahrungen gemacht und die Partei zusammengebunden, wenn es darauf ankam, gerade das zu tun, was eben nicht populär war. Es gibt aus der Vergangenheit viele Beispiele. – Die FDP sagte: Nein, wir brauchen keine Steuererhöhungen, so, wie ein störrisches Kind sagt: Nein, ich esse meine Suppe nicht – also Steuererhöhungen unter gar keinen Umständen, obwohl jedermann einsehen muß, daß sie notwendig sind.

Nach diesen ergebnislosen Besprechungen am 24. und 25. Oktober kam es dann zu einer Kabinettsitzung. Ich habe mich am 24. und 25. Oktober in der Öffentlichkeit gar nicht zu Wort gemeldet. Ich habe auch nicht im Rundfunk und Fernsehen die Dinge verschärft. Ich wollte den Versuch machen, in dieser Kabinettsitzung am 26. Oktober doch noch einmal die FDP bei ihrer Einsicht und bei ihrer Verantwortung zu packen. Das ist dann am Ende auch gelungen. Wider alles Erwarten hat die FDP einem gemeinsamen Kommuniqué<sup>3</sup> zugestimmt, daß in dieser Reihenfolge: Einsparungen, Beseitigung von Subventionen und Privilegien ein Ausweg versucht werden müsse; erst wenn das nicht ausreiche, werde sie auch bereit sein, Steuererhöhungen zuzustimmen.<sup>4</sup>

Am nächsten Tag, am Donnerstag, dem 27. Oktober, erfolgte schon zeitig früh der Rücktritt der FDP-Minister, nach außen so dargestellt, als ob die FDP-Minister gleich entschlossen gewesen wären, ihren Rücktritt zu erklären, und daß diese mutige Haltung dann die Zustimmung der Fraktion gefunden habe. Ich glaube, man kann sagen, die

---

3 Erklärung des Bundeskabinetts vom 26. Oktober 1966, vgl. BULLETIN Nr. 140 vom 28. Oktober 1966 S. 1116.

4 „Es bestand Einvernehmen, daß erst wenn diese beiden Maßnahmen (Ausgabenkürzungen und Abbau von Steuervergünstigungen) zur Schließung verbleibender Lücken nicht ausreichen, Steuererhöhungen in Betracht gezogen werden müssen“ (zit. nach HILDEBRAND S. 223).

Dinge werden umgekehrt abgelaufen sein. Die FDP-Minister wollten zu ihrer Zusage im Kommuniqué stehen. Aber sie sind gezwungen worden zurückzutreten.

Natürlich war damit eine Situation gegeben, die zu einer Verschärfung der Lage beigetragen hat. Ich war mir keinen Augenblick im unklaren darüber, daß bei dieser schwierigen Situation – angesichts der Steueränderungsgesetze<sup>5</sup>, des Finanzreformgesetzes, des Haushalts 1967 und der sicher nicht gerade harmonischen Situation in den auswärtigen Beziehungen – eine Minderheitsregierung nur eine Übergangsregierung sein könnte. Ich habe von Anfang an gesagt: Das ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

Am 28. Oktober kam zu mir eine Kommission der Fraktion, die mich besonders auf die wirtschaftliche Situation, auf die Haushaltsslage und auf den Haushalt 1967 ansprach. Es war gerade am Tage, nachdem die Minister ihren Rücktritt erklärt hatten. Ich konnte natürlich in 24 Stunden auch keine letzte Aussage leisten, wie wir über diesen Notstand hinwegkommen werden. Ich hatte den Eindruck, daß hier in einer hektischen Eile die Dinge betrieben worden sind, obwohl ich zugebe, daß Eile geboten erscheint.

Am 29. Oktober und am 30. Oktober war ich dann auf der Hessen-Reise.<sup>6</sup> Dann kam das Wochenende. Am 1. November war Feiertag. Am 2. November tagte das Kabinett und hat dann den Haushalt verabschiedet. Das Minderheitskabinett hat dann in völliger Einmütigkeit zwischen den Ministern der CDU und der CSU den Haushalt verabschiedet. Wir haben ihn sofort vorgelegt.

Am 2. November tagte dann der Elferrat.<sup>7</sup> An dem Tage, an dem der Presseball gewesen ist, ist dann bekanntgeworden, daß die FDP und die SPD einen Antrag stellen wollen, der heute behandelt worden ist, ich möchte vor dem Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Ich habe das schon am Freitag mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Ich spreche jetzt gar nicht von der verfassungsrechtlichen Frage. Ich sagte: Das sieht so aus, als ob ich Sorge oder Angst hätte oder ob es mir an Mut gebrechen würde, dieser Stunde mit aller Ruhe entgegenzusehen.

Ich habe in der Zwischenzeit auch vor dem Fraktionsvorstand und dem Präsidium<sup>8</sup> verkündet: Ich wünsche nicht, daß seitens meiner Partei und meiner Fraktion irgendein Schritt erfolgt, um dieses Geschehen von heute morgen unmöglich zu machen; denn das liegt nicht in meinem Interesse. Ich habe die Absicht, mich zu stellen. Ich habe aber

5 „Erstes Gesetz zur Überleitung der Haushaltswirtschaft in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz)“ vom 23. Dezember 1966, BGBI 1966 I S. 697 und „Zweites Gesetz (Steueränderungsgesetz)“ vom 23. Dezember 1966, BGBI 1966 I S. 702.

6 Erhard gab sich auf seiner Wahlkampfreise durch Nordhessen am 29. Oktober 1966 kämpferisch, vgl. „Bonner Rundschau“ vom 29. Oktober 1966 „Grundgesetz hat mir große Rechte gegeben!“ Selbstbewußter Erhard in Hessen“; „Rheinische Post“ vom 31. Oktober 1966 „Diese Reise war mein Labsal“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 31. Oktober 1966 „Ludwig Erhard zeigt sich selbstbewußt“. – Ergebnis der Landtagswahlen vom 6. November 1966: SPD 51%, CDU 26,4%, FDP 10,4%, NPD 7,9%, vgl. LEXIKON S. 740.

7 In der Vorlage: 4. November. – Vgl. HILDEBRAND S. 226; Mitschrift der Sitzung vom 2. November 1966 in ACDP 01-113-015/1.

8 Das Präsidium tagte am 7. November 1966 (ACDP 07-001-1401).

nicht die Absicht, auf Antrag der SPD einen Schritt zu vollziehen, der in seiner Konsequenz nicht zu übersehen wäre.

Ich habe umgekehrt meiner Fraktion in aller Deutlichkeit gesagt: Sie kann sich unter allen Umständen darauf verlassen, daß, was die SPD auch unternehmen wird, ich auf keinen Fall bereit sein würde, dem Herrn Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestags zu empfehlen. Das habe ich auch dem Herrn Bundespräsidenten persönlich mitgeteilt. Jede Sorge, daß von mir eine feindselige Handlung gegenüber der CDU begangen würde, war nicht drin, war von vornherein völlig ausgeschlossen. Dadurch, daß ich das heute über mich habe ergehen lassen, habe ich bewiesen, daß ich noch einmal den Versuch machte, wirklich die Geschlossenheit der CDU zu bekunden, so glaubwürdig oder unglaublich das auch nach außen erscheinen mag. Das ist die Situation.

Meine Damen und Herren, was mich etwas erschüttert hat, waren natürlich in dieser Zeit die wiederkehrenden Meldungen und Versuche und Aussagen von immerhin maßgebenden Politikern unserer Partei, daß unter meiner Führung als Bundeskanzler die Situation nicht mehr zu retten wäre; man wünsche draußen sozusagen meinen Rücktritt, man warte geradezu darauf, um wieder in einer neuen Ordnung unter einer neuen Führung bessere Verhältnisse für die CDU und ihr weiteres Schicksal erwarten zu können. Inwieweit diese Nachrichten mit der Wirklichkeit übereinstimmen, sei dahingestellt. Aber sie wurden jedenfalls so oft und so deutlich ausgesprochen, daß es fast einem Mißtrauensvotum gleichkam.

Der Elferrat hat auch einen Beschuß gefaßt, daß natürlich mein geschichtliches Werk gewürdigt werden solle, daß mir Achtung und Respekt entgegengebracht werden müsse; aber dann kam der dritte Teil, und der hieß, daß ich daran mitwirken solle, mit Partei und mit Fraktion nicht etwa eine regierungsfähige Regierung zu bilden, sondern eine Regierung unter neuer Führung. Das war natürlich ganz klar: „Regierung unter neuer Führung“ hieß nach Adam Riese: Nicht mehr du, sondern ein anderer. Ich bestreite dem Elferrat, der kein politisches beschlußfassendes Gremium ist, das Recht zu einer solchen Aussage.

Der Fraktionsvorstand hat dann auch diesen Beschuß des Elferrates in jene bekannte Entschließung vom 2. November 1966 umgeformt, der ich zugestimmt habe und die hieß.<sup>9</sup> „Zu Beginn der Vorstandssitzung der CDU/CSU-Fraktion erklärte Bundeskanzler Erhard, daß er in Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten zusammen mit den berufenen Organen der CDU und der CSU daran arbeite, eine von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Bundesregierung zu schaffen. An seiner Person werde das nicht scheitern.“

Ich habe wiederholt erklärt – etwas profanter ausgedrückt –, ich klebe nicht an meinem Sessel. – Der Text geht weiter: „Der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion dankte dem Bundeskanzler und beschloß, der Fraktion zu empfehlen, zunächst den führenden Parteiorganen der CDU – Präsidium und Bundesparteivorstand – und der CSU Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

---

9 Vgl. DUD Nr. 206 vom 3. November 1966 S. 1.

Gestern abend hatte ich ein Gespräch mit den Landesvorsitzenden in meinem Hause. Hier sind wir nun als Bundesparteivorstand versammelt, damit Sie die Möglichkeit haben, sich zu diesen Dingen, zu dieser Entwicklung, zur Lage zu äußern.

Heute morgen hatte ich unmittelbar, nachdem diese Prozedur zu Ende war, ein persönliches Gespräch mit Herrn von Kühlmann-Stumm, das ungefähr genauso zu veranschlagen war, wie ich das vorhergesehen hatte, nämlich die Zusage: Wir sind nach wie vor bereit, mit der CDU/CSU zu verhandeln, um eine regierungsfähige Mehrheit zu schaffen, uns geht es dabei nicht um Personen – es wurden überhaupt keine genannt –, es geht uns darum, in sachlichen Fragen eine Übereinstimmung herbeizuführen. Hier wurde gar nicht einmal besonders die Finanzpolitik genannt, die doch im Mittelpunkt steht, sondern die Deutschlandpolitik, die Außenpolitik und die Verteidigungspolitik. Ich sagte Herrn von Kühlmann-Stumm, daß wir nicht allzu viel Zeit haben, und daß gerade die Gesetze, die jetzt im Bundestag behandelt werden, entscheidend dafür sind, ob es uns überhaupt gelingt, über den 31. Dezember hinaus solche Lösungen herbeizuführen, die uns nicht in einen echten Staatsnotstand bringen werden.

Wenn wir nämlich die Steueränderungsgesetze nicht zur Annahme bringen, dann leben zugleich alle die Ausgaben wieder auf, die mit dem Haushaltssicherungsgesetz 1966 gekürzt worden sind, und dann ist das Minus, das Defizit so groß, daß es kaum bewältigt werden kann, jedenfalls nicht ohne einen wirklichen Staatsnotstand. Das Verhalten der FDP wird vor allen Dingen daran gemessen werden, wie sie sich in diesen Fragen stellt.

Ich sagte, die anderen Fragen – die Deutschlandpolitik, die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik – sind so schwierig, und im einzelnen auch in unserer Fraktion noch nicht voll abgeklärt, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß wir in einer politisch relevanten Zeit, wie sie uns durch die Daten gesetzt ist, damit zu Rande kommen werden. Er meinte, das ginge sehr schnell; jedenfalls stünde die FDP ab sofort bereit, darüber zu verhandeln, und zwar zunächst einmal in einer kleinen Kommission die Besprechungen zu beginnen. Ich habe noch keinen Termin vereinbart; ich wollte das alles mit Ihnen erst absprechen. Aber er sagte, es bedürfe nur meines Anrufes, und die FDP stehe zu Besprechungen dieser Art mit dem Ziel bereit, vielleicht doch statt der zerbrochenen Koalition auf einer sachlich etwas veränderten Grundlage zu einer Einigung zu kommen. Meine Freunde, das ist die Situation, wie sie sich darstellt.

Wenn Herr Wehner heute früh sagte, die CDU – oder ich persönlich – hätte innerhalb eines Jahres den gesamten Kredit verwirtschaftet, den wir bei der Bundestagswahl in der deutschen Öffentlichkeit erworben haben,<sup>10</sup> dann ist das natürlich nicht wahr. Vielmehr ist seit dieser Zeit das unablässige Bemühen der Opposition wahrnehmbar, alles zu zerstören, Unruhe und Unsicherheit in die Welt zu tragen, alles, was wir darstellen.

<sup>10</sup> Wehner sagte in der Debatte am 8. November über den SPD-Antrag betr. Vertrauensfrage des Bundeskanzlers (Drs. V/1070; vgl. Anm. 15): „... mir und meinen politischen Freunden von der SPD-Fraktion erscheint es allerdings so, daß Sie den Kredit, den Ihnen die Wähler für vier Jahre gegeben haben, in einem Jahr verwirtschaftet haben; das ist ein politischer Tatbestand.“, vgl. Sten.Ber. 5. WP 70. Sitzung S. 3297.

len, als Fehler zu brandmarken. Ich muß sagen: Leider sind auch Teile unserer Fraktion darauf hereingefallen und haben sich diese Aussage mehr oder minder zu eigen gemacht. Ich sage noch einmal: Die Probleme, die vor uns stehen, sind lösbar. Das gilt vor allen Dingen für die finanziellen und für die wirtschaftlichen Probleme.

Meine Herren, Sie wissen genau, daß sich in der Wirtschaft eine Wende anbahnt. Die Preise beginnen sich zu beruhigen – bei der Preisbewegung sehen wir das schon seit einem halben Jahr –, der Arbeitsmarkt hat sich wesentlich konsolidiert, und der Außenhandel erzielt Überschüsse. Wir werden statt eines Überschusses von 1,2 Mrd. DM im vergangenen Jahr im Jahre 1966 wahrscheinlich mit etwa 7 Mrd. DM rechnen können; damit werden wir unsere Zahlungsbilanz ausgleichen können. Es ist also nicht so, als ob wir tatsächlich vor einer unlösbaren Aufgabe stünden. Die Exportüberschüsse haben dazu beigetragen, den Geldmarkt zu lockern. Die Bundesbank ist angesichts dieser Situation bereit, die Kreditbedingungen etwas zu erleichtern. Wenn wir das Wirtschaftssicherungsgesetz durchgebracht haben, gegen das sich im Ernst niemand stellen kann, dann sehe ich für das Jahr 1967 durchaus eine wieder zum Positiven sich wendende Entwicklung voraus.

Meine Damen und Herren, ich habe heute früh ein kräftiges Wort gebraucht, indem ich gesagt habe: Ich habe nicht die Absicht, mich an diesem Schauprozeß zu beteiligen; denn etwas anderes war es tatsächlich nicht. Der SPD war vorher bekannt, daß ich durch wiederholte Aussage erklärt habe: Ich möchte eine regierungsfähige Mehrheit haben, auf die sich die Regierung stützen kann; das wird nicht an mir scheitern, sondern ich werde ungeachtet meiner Person alles tun, um das zu ermöglichen.

Wir haben gestern vom Präsidium noch eine Erklärung herausgegeben,<sup>11</sup> daß ich sogar vorschlage – das Präsidium ist mir gefolgt –, nicht nur einseitig mit der FDP Gespräche zu führen, sondern auch mit der SPD, schon um die Kaufpreise beider Seiten nicht allzusehr in die Höhe zu schrauben. Das hat aber nichts mit Sympathie und Antipathie zu tun, sondern das scheint die politische Logik zu erfordern.

Ich finde es geradezu grotesk, wenn Herr Wehner uns demokratische Spielregeln beibringen möchte. Ich habe das heute noch in vornehmer Umschreibung auszusagen versucht. Aber ich bewundere den Mut dieser Herren, mit dem sie uns Demokratie lehren wollen.

Das ist die Situation, wie sie sich darstellt; wir haben nun darüber zu beraten. Wir können, wenn Sie wollen, alles diskutieren; wir können auf die Vergangenheit zurückgreifen. Ich meine, wir sollten in der Gegenwart bleiben, und wir sollten das beraten, was jetzt zu tun notwendig ist, in welcher Prozedur wir das vollziehen wollen und wer an den Verhandlungen beteiligt sein soll, die jetzt sicher unmittelbar beginnen werden.

Das, meine Damen und Herren, zur Einführung. Ich stelle das nun frei zur Diskussion.

---

<sup>11</sup> Das Präsidium der CDU beschloß, am 7. November 1966 Koalitionsverhandlungen mit SPD und FDP aufzunehmen, vgl. ACDP 07–001–053/1.

*Noltenius:* Ich möchte eine Anregung geben, daß wir uns heute abend nicht über das Zurückliegende unterhalten und uns nicht gegenseitig vorhalten, wie alles gekommen ist. Ich setze voraus, daß wir in diesem Kreise überwiegend Mitakteure sind, die das ohnehin wissen. Unsere Aufgabe besteht doch darin, nun zu beraten und zu beschließen, was geschehen soll, soweit das in der Kompetenz des Bundesvorstands liegt.

Ich möchte hören, wie die Fraktion sich die weitere Entwicklung denkt. Deswegen möchte ich anregen, daß der Herr Fraktionsvorsitzende als erster aus den Gedanken und Überlegungen des Fraktionsvorstands und aus seinen eigenen dem Bundesvorstand berichtet.

*Barzel:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich teile die Meinung von Herrn Noltenius und anderen, daß man nach vorne sehen muß. Hinten sind die Tatsachen, die kann man nicht anders diskutieren, als sie gewesen sind.

Ich lege im Hinblick auf den Bericht des Herrn Bundeskanzlers nur Wert auf eine einzige Feststellung, die darin nicht enthalten war. Aber es ist ja auch unmöglich, über die ganzen Tage hier in einem so kurzen Bericht vollständig zu berichten. Dennoch die Feststellung, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU in all diesen Fragen einstimmig gehandelt hat, daß zuerst die Frage von Steuererhöhungen im internen Gespräch mit dem Bundeskanzler und mit dem Außenminister in die Debatte geworfen worden ist, was vernünftig und Amtspflicht und in Ordnung war; wir können dem nicht ausweichen. Der Bundeskanzler hat in der letzten Sitzung der Bundestagsfraktion nach dem Scheitern des letzten Koalitionsgesprächs – das Datum wurde soeben genannt<sup>12</sup>; ich habe es nicht im Kopf, aber es war ein Dienstag – von sich aus erklärt: In all diesen Tagen sei nicht nur keine Meinungsverschiedenheit zwischen Fraktionsführung und ihm gewesen, sondern wir hätten naht- und fugenlos zusammengearbeitet. Das nur für die Vergangenheit, und damit komme ich gleich zu der Zukunft und sage, wie Sie wollen, was jetzt zu geschehen hat.

Meine Damen und Herren! An die Fraktion ist aus Parteikreisen der Wunsch herangetragen worden – insbesondere durch ein Telegramm der Herren Landesvorsitzenden aus Baden-Württemberg, von Rheinland-Pfalz und des Saargebietes ist sie darum gebeten wurden –, keinerlei präjudizierende Entscheidungen zu treffen, bevor dieser Vorstand getagt hat.<sup>13</sup> Eben dies ist geschehen. Die Fraktion erwartet natürlich heute, daß die Partei sich zu den anstehenden Fragen äußert. Innerhalb der Fraktion gibt es Unterschriftensammlungen und alle möglichen Geschichten. Die Fraktion will wissen, wie es weitergeht. Ich glaube, hierzu gibt es auch einige sachliche Gründe.

Der Herr Bundeskanzler hat darauf schon hingewiesen, und das sollte noch ein bißchen unterstrichen werden. Ich bin nämlich nicht ganz sicher, ob uns allen dies so ernsthaft präsent ist, wie es präsent sein sollte. Den Haushalt für das Jahr 1967 begleiten

12 Sitzung des Fraktionsvorstands und der Fraktion am 2. November 1966, vgl. CDU/CSU-FRÄKTIONSPROTOKOLLE Nr. 359.

13 Das Telegramm ging vor der Fraktionssitzung am 2. November 1966 ein und war unterzeichnet von Adorno, Filbinger, Gürk und Scheufelen (Baden-Württemberg), Kohl (Rheinland-Pfalz) und Zeyer (Saarland), vgl. EBD. S. 2135.

zwei Gesetze, das Finanzplanungs- und das Steueränderungsgesetz. Diese Gesetze sehen vor, Ausgaben in Höhe von 3,5 Mrd. DM, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen entstehen, abzubauen. Treten diese Gesetze nicht rechtzeitig – das heißt: Ende des Jahres – in Kraft, entsteht zwar nicht im ganzen Umfange, aber in einem erheblichen Teil dieses Umfanges ein zusätzliches Loch. Es entsteht außerdem die staatspolitisch unerwünschte Situation, daß Leistungen der öffentlichen Hand, die durch das Haushaltssicherungsgesetz abgebaut sind, dann wieder aufleben. Vor der Situation stehen alle. Diese Gesetze sind, da sie unpopulär sind, ohne Mehrheit, die auch in einer Regierung Ausdruck findet, nicht durchzusetzen. Alle die, die sagen: Das ist nicht so schlimm, läßt uns noch diese oder jene Woche gewinnen, sprechen uns wahrscheinlich politisch aus dem Herzen; nur nehmen sie in Kauf, daß dieses finanzielle Loch entsteht. Herr Kollege Schmücker hat uns vorgetragen, daß, wenn das alles nicht in Ordnung kommt, wir im Frühjahr nächsten Jahres – er kann das viel besser dar tun – eventuell vor Insolvenzen der öffentlichen Hand stehen.

Diese finanzielle Lage hat noch einen zusätzlichen Aspekt bekommen, weil die Bundesregierung auf Bitten der Fraktion – aber auch selber, wir waren da völlig einig – einen Ergänzungshaushalt vorlegt, der nun all die offenen Fragen regelt. Dieser Ergänzungshaushalt ist von einem weiteren Gesetz begleitet, in dem eine Fülle von Maßnahmen – auch die Steueränderungen – drin sind. Die Bundestagsfraktion hat gestern beschlossen, dieses Gesetz einzubringen; es geht zugleich an den Bundestag.<sup>14</sup> Sie hat beschlossen, dieses Gesetz initiativ einzubringen, weil auch dafür der Zeitdruck gilt, von dem ich soeben sprach. Die Bundestagsfraktion sieht aus ihrer Verantwortung für die Stabilität des guten Geldes und für die Finanzen den Zwang, möglichst bald eine Mehrheit herzustellen, weil sonst die Dinge unauflösbar werden.

Das Zweite: Ich bin bis vorgestern – und dies sage ich jetzt persönlich als der Fraktionsvorsitzende – von der Sicherheit ausgegangen, daß ich nicht morgens aufwache und in der Zeitung lese, wir sind in der Opposition, weil SPD und FDP sich verständigt haben. Dieser Sicherheit bin ich seit vorgestern nicht mehr, bin ich seit der heutigen Debatte auch nicht mehr. Es gibt natürlich viele Gerüchte, die zu einem dringen. Aber in den letzten Wochen hat man eine Erfahrung entwickelt, Gerüchte zu sieben. Es gibt Gespräche zwischen FDP und SPD – ich sage es bewußt so rum –, das muß man sehen. Herr Wehner hat heute erklärt – und wer den Mann kennt, weiß, daß das nicht unwichtig ist –, er wolle erst einmal sehen, wie sich dieser Tag abspiele; er hat dann hingeschaut, ob überhaupt diese FDP für ihn ein abstimmungsfähiger Partner, nämlich geschlossen ist. Dann hat er eine Rede gehalten, die in der Sache mehr an uns gerichtet war. Sie haben eben erklärt, daß sie am Freitag weitere Beschlüsse fassen werden.

---

<sup>14</sup> Entwurf eines „Zweiten Gesetzes über das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer“ (Drs. V/1066 vom 2. November 1966); Entwurf eines „Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung – Finanzplanungsgesetz“ (Drs. V/1067 vom 2. November 1966); Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung – Steueränderungsgesetz 1966“ (Drs. V/1068 vom 2. November 1966).

Wir haben durch eine Reihe von Dingen versucht, die heutige Debatte zu verhindern.<sup>15</sup> Das muß ich auch hier wieder sagen, der Bundeskanzler hat gesagt: Bitte, ich wünsche an sich diese Debatte. Ich denke, wir haben sie auch hinbekommen, so gut es ging. Aber die Gefahr, die wir sahen, daß diese Debatte eine Verhärtung der koalitions-politischen Front mit sich bringen würde, insbesondere für die, die die kleine Koalition fortsetzen wollen – von dieser Gefahr reden wir seit Freitag abend –, ist leider eingetreten, weil es nicht gelang, diese Debatte zu verhindern. Das muß man sehen. Die parlamentarische Lage ist nicht so, daß alle wie selbstverständlich nur auf unsere Initiative warten.

Das Dritte: Mir scheint es, daß es mit dem Ablauf der Dinge – denken Sie vor allen Dingen an die finanziellen Dinge, wo wir nun die ganzen Pfeile der Interessenten allein auf uns gerichtet haben – natürlich jeden Tag schwerer wird, zu annehmbaren Bedingungen eine Mehrheit im Bundestag für die Bundesregierung herzustellen. Das wird nicht leichter, sondern mit jedem Tag schwerer.

Ich glaube, man muß diese drei Dinge ganz nüchtern sehen. Die Bundestagsfraktion hat auf unseren Wunsch nicht debattiert, Herr Noltenius, weil wir diese Sitzung hier abwarten wollten. Die Bundestagsfraktion wird sicher – ich würde ihr diesen Vorschlag notfalls aus eigener Pflicht machen müssen, ich glaube aber nicht, daß es dazu kommt – versuchen, sobald wie möglich die anderen, und zwar beide, nacheinander zu Gesprächen einzuladen. Wenn wir dies nicht bald tun, zwingen wir die anderen geradezu, miteinander zu sprechen. Ich habe jetzt kein Wort darüber gesagt, wie dies in der Öffentlichkeit dann aussieht.

Ich glaube, daß das in diesem Augenblick das ist, was wir mit Blick nach vorne sagen können, Herr Noltenius. Die Fraktion erwartet, wie gesagt, daß wir möglichst noch in dieser Woche zu Entscheidungen kommen. Ich habe die Fraktion wissen lassen, daß nichts vor heute passieren kann, daß sie aber Donnerstag oder Freitag verfügbar sein mögen.

Sie wissen außerdem – das ist der Punkt, der hier hereingehört, obwohl er uns nicht direkt berührt; aber er geht uns doch sicher an –, daß morgen das entsprechende Gremium der CSU in München tagt<sup>16</sup> und natürlich auch ein bißchen wissen will, was die CDU denkt und tut.

Letztens: Die Fraktion erwartet, daß die Partei sie nicht präjudiziert. Die Fraktion hat die Partei nicht präjudiziert. Nun kann man natürlich sagen, daß die Formel des Nichtspräjudizierens den völligen Neutralismus, den Stillstand bedeutet. (*Meyers:* Sind Sie nicht der Ansicht, daß einer mal anfangen müßte?) – Dazu komme ich gerade. Deshalb müßte also – nehmen wir die rheinische Formulierung auf – jemand mal anfangen, aber in der Weise und so weitgehend, wie es dem Gremium zukommt. Die Fraktion hat

<sup>15</sup> Vgl. Sten.Ber. 5. WP 70. Sitzung vom 8. November 1966 S. 3279–3317. Die SPD stellte in der Debatte den Antrag betreffend „Vertrauensfrage des Bundeskanzlers“ (Drs. V/1070 vom 31. Oktober 1966), der mit 255:246 Stimmen angenommen wurde, vgl. EBD. S. 3304.

<sup>16</sup> Sitzung des CSU-Landesvorstands am 9. November 1966, Protokoll in ACSP, LVorstand 1966 Nov. 9 Nr. 1.

gewartet und legt Wert auf die Feststellung, daß natürlich letzte Entscheidungen bei ihr liegen. Das ist nie bestritten worden. Die Fraktion legt großen Wert darauf, diese Schwierigkeiten zusammen mit der Partei – das sollte auch in allem, was beschlossen wird, seinen Ausdruck finden – zu lösen, so wie das früher auch üblich und richtig war.

Meine Damen und Herren, ich glaube, damit kann ich es in diesem Augenblick beenden lassen. Ich möchte jetzt nicht – Herr Noltenius, ich glaube nicht, daß das erfragt war – etwas über Sachfragen und solche Dinge sagen, über die acht Punkte der SPD<sup>17</sup> und die koalitionspolitische Plattform der FDP<sup>18</sup>. Ich glaube, das gehört in eine spätere Runde. Zunächst nur das zu Ergänzung dessen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat.

*Blumenfeld:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, man kann die Ausführungen, die Analyse des Herrn Fraktionsvorsitzenden nur als zutreffend, klar und eindeutig bezeichnen. So ist in der Tat die Lage, so sieht die gesamte Fraktion sie.

Wenn das der Fall ist, dann muß dieser Bundesparteivorstand, in dem wohl alle führenden Kräfte der Union vertreten sind – zumindest vertreten sein sollten – sich darüber im klaren sein, daß – nun möchte ich einen Zeitpunkt nennen – bis Ende der Woche Klarheit über den Weg sein muß, d. h., daß bis Ende dieser Woche die Fraktion in der Lage sein muß, zu entscheiden. Die Fraktion ist diejenige, die die Entscheidung durch Abstimmung herbeizuführen hat. Dieser Bundesparteivorstand soll nicht präjudizieren.

In einer Situation – sie ergab sich aus dem Bericht des Parteivorsitzenden und aus den ergänzenden Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden –, wo die gesamte deutsche Öffentlichkeit und die internationale Öffentlichkeit auf die Union schaut, können wir nicht lange warten, und zwar nicht nur wegen der Gefahr, die heute sehr deutlich an die Wand gemalt worden ist, daß zum Zwecke von Neuwahlen die SPD mit der FDP jetzt unter Umständen doch ein konstruktives Mißtrauensvotum einbringt und damit eine Kanzlerwahl durchführt, sondern auch deswegen, weil wir demonstrieren müssen, daß wir in der Lage sind, Führungskraft und Führungswillen auszuweisen. Das hängt unmittelbar mit der Personalfrage zusammen.

Herr Bundeskanzler, wir sind dankenswerterweise auf Ihre Initiative hin in den letzten Tagen zusammengekommen, gestern abend im Kreise der Vorsitzenden der Landesverbände.<sup>19</sup> Es haben unter Ihrer Führung eine Reihe informativer Gespräche stattgefunden. Daraus habe ich für meinen Teil entnehmen dürfen, daß auch Sie, Herr Bundeskanzler, den Wunsch haben, sich in diesem Stadium einer vielleicht nur kurzen Periode mit einem kleinen Gremium zu beraten, das ein Mandat hat. Ein aus dem Bundesparteivorstand und dem Vorstand der Bundestagsfraktion zusammengesetztes ganz kleines

17 Herbert Wehner trug ein 8-Punkte-Programm der SPD während der Bundestagsdebatte am 8. November 1966 vor, vgl. Sten.Ber. 5. WP 70. Sitzung S. 3298 f. Vgl. auch SIEGLER 4 S. 415 f.  
– Am 11. November legte die SPD eine Interpretation des Plans als „Aufgaben einer neuen Bundesregierung“ vor, vgl. ACDP 01–226–303. Vgl. auch Nr. 26 Anm. 95.

18 Vgl. die Äußerungen von Knut von Kühlmann-Stumm in der Bundestagsdebatte am 8. November 1966 (Sten.Ber. 5. WP 70. Sitzung S. 3302 f.).

19 Am Rande der Präsidiumssitzung (vgl. Anm. 8).

Gremium sollten Sie als Bundesparteivorsitzender zu Ihrer Beratung zur Verfügung haben. Ich halte das aus den verschiedensten Gründen für zweckmäßig und habe das bei den Besprechungen auch zum Ausdruck gebracht.

Ohne damit irgendwie den Beschußgremien – sei es Präsidium, Bundesparteivorstand oder Bundestagsfraktion – vorgreifen zu wollen, halte ich es angesichts der Lage, die wir im Parteipräsidium zur Genüge kennen, in diesem Augenblick nicht für zweckmäßig, daß das Parteipräsidium das Gremium ist, das den Bundesparteivorsitzenden berät. Ich brauche hier nicht auszuführen, warum. Es ist wohl zweckmäßig, daß wir diese Frage hier zumindest erörtern. Ich persönlich möchte mich für eine solche Kommission, für ein solches Gremium aussprechen, das hinter und mit dem Parteivorsitzenden die Fragen der nächsten Tage bis zur Beschußfassung durch die Fraktion erörtert. Es wird leichter sein, die eine oder andere notwendige Sachfrage hier zu erörtern.

Aber, Herr Bundeskanzler, es scheint mir ebenso klar zu sein, daß von dem Augenblick an, wo die Bundestagsfraktion eine personelle Entscheidung getroffen hat – und sie muß bald, sehr bald erfolgen –, die designierte Persönlichkeit die Verhandlungen mit den Koalitionspartnern – mit Ihnen gemeinsam, in engstem Einvernehmen mit Ihnen – führen muß. Ich spreche selbstverständlich von „Partnern“, obwohl wir heute in diesem Kreise uns meiner Meinung nach auch darüber unterhalten müssen, ob das Risiko nach der einen oder anderen Seite zu groß wäre.

Ich persönlich meine, daß wir ganz ernsthaft auch die Möglichkeit einer Großen Koalition prüfen müssen. Ich sage das als jemand, der bislang mit einer ganzen Reihe von Kollegen immer gegen eine Große Koalition aufgetreten ist. Ich bin der Meinung, daß wir in der Lage, in der wir uns befinden, diese Frage nicht nur ganz ernsthaft prüfen, sondern uns mit allen Sachargumenten so ernsthaft auseinandersetzen müssen, wie es die Not der Stunde gebietet, und zwar nicht nur im Hinblick auf das nächste Jahr, sondern im Hinblick auf die ganzen kommenden Jahre der Zusammenarbeit mit der Union. Das schließt in keiner Weise aus, daß nicht auch die Verhandlungen mit der FDP dann vielleicht sogar erleichtert und zu einem Abschluß kommen könnten.

Damit sollte auch klargemacht werden – vielleicht ist das eine Selbstverständlichkeit –, daß man nicht über Personen oder Persönlichkeiten unter dem Gesichtspunkt diskutieren kann: Der eine ist für die kleine, der andere für die Große Koalition. Es darf nachher nur einen einzigen Kandidaten geben, der für die Union auftritt und nach beiden Seiten hin offen und frei verhandeln kann, ohne irgendwie eingeengt oder gebunden zu sein.

Herr Wehner hat heute offiziell im Deutschen Bundestag noch einmal die acht Punkte der SPD enumeriert. Die FDP hat ebenfalls – zwar nicht so präzise – eine Reihe von Sachfragen aufgestellt. Wir haben zu diesen Sachfragen noch nicht Stellung nehmen können. Selbstverständlich besteht die Notwendigkeit, in engster Verbindung mit den personellen Fragen auch zu diesen Sachfragen Stellung zu nehmen, bevor wir in die Verhandlungen gehen. Es geht nicht, daß die Fraktion oder die Partei angesichts der vor uns auf dem Tisch liegenden Fragen, die eine Antwort erheischen, in zwei Hälften auseinanderklafft. Deswegen ist es nicht nur aus der finanziellen Sicht, sondern auch aus

der Sicht der Deutschland-, der Außen- und der Verteidigungspolitik und all der z. T. übertrieben skizzierten Dinge notwendig, daß wir in die Lage versetzt werden, so schnell wie möglich Klarheit zu haben.

Ich bitte darum, daß sich dieser Bundesparteivorstand in dieser Richtung heute eindeutig äußert. Damit will ich nicht sagen, daß wir hier in diesem Kreise heute schon eine große Personaldiskussion führen sollten. Wir sollten aber in der Lage sein, den Kreis auf die wenigen Kandidaten einzuziehen, die überhaupt nur in Frage kommen.

*Even:* Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich bin der Auffassung, daß Eile geboten ist, um die gegenwärtige Regierungskrise zu lösen. Ich möchte das in fünf Punkten zusammenfassen:

Erstens hat uns der heutige Tag gezeigt, was vielleicht einige von uns in einem gewissen spekulativen Optimismus noch für möglich gehalten haben, daß wir im Deutschen Bundestag tatsächlich in der Minderheit sind. Gewisse Spekulationen, die FDP könnten vielleicht nicht vollzählig anwesend sein oder sich z. T. nicht an der Abstimmung beteiligen, haben sich nicht als zutreffend erwiesen. Wir sollten dieses Faktum ernst nehmen.

2. Die Öffentlichkeit wartet geradezu fieberhaft darauf, daß eine Entscheidung getroffen wird. Ich gehöre nicht zu denen, die einer überstürzten Entscheidung das Wort reden. Aber das, was sich in den letzten Monaten und dann immer fieberhafter, hektischer in den letzten Wochen und Tagen ereignet hat, schreit geradezu danach, daß wir nun durch einen operativen Schnitt zu erkennen geben, daß wir die Krise endgültig überwinden wollen. Wir stehen nämlich in der Gefahr, daß in der Tat aus der Regierungskrise eine Staatskrise mit einer um sich greifenden Staatsverdrossenheit wird, die wir dann möglicherweise nicht mehr in den Griff bekommen, selbst wenn wir in einigen Wochen eine Entscheidung treffen, die wir wahrscheinlich in den nächsten Tagen bereits treffen könnten und sollten.

3. Unsere Wähler und unsere Mitglieder werden zunehmend unruhig. Sie erwarten von uns ein schnelles und tiefgreifendes Handeln. Sie haben kein Verständnis dafür, daß nun wochenlange Debatten um Personalfragen und Sachfragen stattfinden, denn im Grunde genommen kann entscheidend Neues in unserem Kreise dazu nicht beigetragen werden. Ich glaube, daß es auch im Hinblick auf die internationale Situation dringend erforderlich ist, im Deutschen Bundestag wieder eine regierungsfähige Koalition zu stande zu bringen. Das ist auch insbesondere deshalb notwendig, um der Gefahr entgegenzuwirken, daß die neuen Rechtsextremisten in Deutschland<sup>20</sup> weiterhin auf die Karte des totalen Autoritätsverfalls mit dem Argument setzen können, die Demokratie sei offenbar doch nicht in der Lage, auf Dauer eine stabile Ordnung zu schaffen.

4. Auch mir ist bekanntgeworden – es findet das in vielen Schichtungen statt –, daß zwischen der FDP und der SPD insgeheim verhandelt wird. Wir haben von Freunden in der FDP, die uns nahestehen, die dem Flügel angehören, der lieber mit uns gehen würde

---

<sup>20</sup> Gemeint ist die NPD, die bei der Landtagswahl in Hessen am 6. November 1966 7,9% (= 8 Mandate) der Stimmen erreicht hatte.

als mit der SPD, den Wink bekommen, daß in der Tat hier Gefahr im Verzug ist. Wir sollten die Dinge nicht einfach mit der Vermutung vom Tische wischen, daß zwischen FDP und SPD so gravierende Meinungsverschiedenheiten bestünden, daß die sich nicht verständigen könnten. Ich glaube, es wäre fahrlässig, wenn wir uns darauf verlassen würden.

Fünftens möchte ich etwas über die Stimmung in unserer Bundestagsfraktion sagen, wie sie nach meinem Eindruck ist. Sie wissen, daß eine Abstimmung nicht stattgefunden hat. Aber es gibt natürlich auch ein Gespür und Möglichkeiten, die Stimmung zu testen. Ich habe das Gefühl, daß die Bundestagsfraktion nicht bereit ist, über dieses Wochenende hinweg weiter zuzuwarten, sondern daß sie entschlossen ist, in den nächsten Tagen eine Entscheidung herbeizuführen. Ich muß davon ausgehen – ich unterstreiche das, was der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel gesagt hat –, daß wir mit Rücksicht auf die Sitzung des Bundesvorstands eine Entscheidung bereits zurückgestellt haben, um nichts zu präjudizieren. Das bedeutet, daß der Vorstand in irgendeiner Form ein Votum geben müßte, wenn er mitbestimmen will – was sein gutes Recht und was seine Pflicht ist –, ein etwas präziseres Votum als eben nur die Billigung dessen, was in den vergangenen Tagen erklärt worden ist. Der 2. November liegt auch schon wieder sechs Tage hinter uns, um es noch offener zu sagen: Ich habe den Eindruck, daß in der Fraktion die Mehrheit auch nicht mehr daran glaubt, daß Herr Bundeskanzler Erhard eine neue Mehrheit im Bundestag erreichen wird, und daß unter diesem Gesichtswinkel offen die Personaldiskussion in Gang gesetzt ist.

Ich möchte abschließend folgende Frage an den Herrn Bundeskanzler stellen. Herr Bundeskanzler, sehen Sie eine reale Möglichkeit, ein neues Mehrheitskabinett unter Ihrer Führung zu bilden? Wenn das nicht der Fall ist, ist die Konsequenz klar. Wenn von Ihnen bejaht wird, daß Sie die Möglichkeit noch sehen, dann, meine ich, müßte die Klärung in den allernächsten Tagen erfolgen – ich würde sagen: bis spätestens Freitag, bis zum Wochenende –, weil ich glaube, daß wir länger dem inneren wie auch dem äußeren Druck, zu einer klaren Entscheidung zu gelangen, nicht mehr standhalten können.

Ich bin der Auffassung, die auch der Herr Kollege Blumenfeld geäußert hat, daß wir uns in diesem Gremium hier heute abend durchaus noch darüber unterhalten sollten, wer etwa in Betracht käme, daß wir den Kreis der von uns für fähig Gehaltenen abgrenzen und vor allem eine Barriere gegenüber teilweise geradezu abenteuerlichen Vorschlägen errichten, die gemacht werden. Es kann unserer Partei nicht nutzen, wenn wir der personalpolitischen Phantasie in unseren Reihen wie auch in der deutschen Öffentlichkeit freien Lauf lassen.

Durch die Einengung auf einen engen, wenige Personen umfassenden Kreis würde die Gefahr vermieden, etwa die Bundestagsfraktion zu präjudizieren oder zu riskieren, daß man, wenn man sich bereits auf eine bestimmte Persönlichkeit kapriziert, zu einem anderen Ergebnis als möglicherweise die Fraktion käme. Auf der anderen Seite sollte man aber mehr tun, als nur eine Kommission zu bilden, die dann wieder sondieren soll. Das wäre mir zu wenig. Man soll vielmehr einen gesunden, konkreten Mittelweg finden, um uns aus diesen Schwierigkeiten herauszuhelfen.

*Erhard:* Kollege Even, darf ich darauf antworten. Erst einmal möchte ich sagen: Je eher der Nachfolger gewählt sein wird, desto sympathischer wird es mir sein. Damit können Sie annehmen, daß ich mich nicht querlegen, und daß ich den Prozeß unter keinen Umständen aufhalten will, wenn er schon notwendig ist.

Was nun die Chancen anlangt, so glaube ich, daß mit der FDP die Chance für mich so gut oder so schlecht ist wie für jeden anderen auch, der die Verhandlungen führt, denn es scheint mir ganz sicher zu sein, daß die FDP auf die Sachfragen heraus will und nicht so sehr auf die Personenfrage. Dabei möchte ich sagen, daß bei ihr vielleicht die eine oder andere Persönlichkeit etwas schwerer wiegt als die andere. Aber hier haben wir es mit einer Auseinandersetzung um die Sachfragen zu tun.

Wenn sie mich fragen, wie ich meine Chance einschätze, etwa mit der SPD zu Rande zu kommen, dann muß ich Ihnen sagen: gleich Null. Erstens einmal habe ich selber wiederholt erklärt, daß mir – nicht aus Haß oder grundsätzlicher Abneigung gegen die SPD, sondern aus staatsmännischer Gesinnung heraus – eine Große Koalition nicht tunlich erscheint. Ich glaube, auch Herr Wehner hat deutlich genug gesagt, daß zwischen mir und ihm das Tischtuch zerschnitten sei, daß, wenn es über eine Koalition zu verhandeln gäbe, ich dazu nicht in Frage käme. Nun schön, daraus wird unsere Fraktion, unsere Partei, auch gewisse Konsequenzen zu ziehen haben. Für die SPD halte ich mich wirklich für den schlechtesten Verhandlungspartner.

Ich war ehrlich genug, aus der Verantwortung für den Staat auch das mit ins Auge zu ziehen, daß mit der SPD verhandelt werden soll, mit beiden Seiten, sonst werden wir von beiden Seiten gleichermaßen erpreßt, um es einmal so auszudrücken, und das liegt nicht gerade im Interesse dessen, was wir anstreben.

Ich bin ganz nüchtern und leidenschaftslos und sage: Mit der FDP rechne ich mir die gleichen Chancen aus wie jeder andere unter uns. Bei der SPD glaube ich, daß ich zu einem Verhandeln oder zu einer Verhandlungsbereitschaft, zu einem wirklich sachlichen Gespräch nicht kommen kann.

*Meyers:* Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß wir offensichtlich einig sind: Das Minderheitskabinett muß möglichst bald beendet werden, und zwar aus den Gründen, die der Fraktionsvorsitzende gesagt hat, die man nur unterstreichen kann. Es ist völlig ausgeschlossen, daß dieses Kabinett für den Etat sowie die beiden anderen wichtigen Gesetze eine Mehrheit findet.

Zweitens sind wir uns wohl darüber einig, daß vielleicht – vielleicht, ich schränke das auch ein – außer der SPD kein Mensch zu diesem Zeitpunkt an Neuwahlen denken kann. Wir müssen die verbleibende Zeit der jetzigen Legislaturperiode nutzen, um das Ansehen der Union im Lande so wiederherzustellen, daß wir mit Chancen, die stärkste Partei zu werden, in die nächsten Bundestagswahlen gehen können.

Wenn das so ist, dann ergeben sich folgende Fragen. Von der SPD wird jetzt mehrfach der Gedanke in die Debatte geworfen, ob man eine Allparteienregierung anstreben solle. Ich halte das für schlecht. Ich würde sagen: Nein. Eine Allparteienregierung soll man machen, wenn man einen Staatsnotstand hat. (*Zurufe:* Sind wir einig!) – Sind wir alle einig! Einverstanden.

Es ist aber noch ein Grund dabei, der zuwenig gesagt worden ist: Man soll die beiden anderen nicht daran gewöhnen, miteinander zu arbeiten; dann könnten sie eines Tages uns überdrüssig werden.

Es bleiben uns also die beiden Möglichkeiten, und ich halte es für richtig, daß man nicht nur aus taktischen, sondern aus sachlichen Gründen beide Möglichkeiten erwähnt. Nach der Erklärung, die der Herr Bundeskanzler soeben gegeben hat, bin ich nun folgender Ansicht. Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß ich jemand bin, den Sie unbedingt zu Ihren Freunden in diesem Kreise zählen können. Sie wissen, daß ich nicht irgendwie tangiert bin. Sie können mir also glauben, daß ich es ehrlich meine, wenn ich sage: Sie sollten diese Verhandlungen nicht führen. (*Erhard*: Das habe ich ja selber gesagt!) Dann müssen wir uns aber einigen.

Nun bin ich ganz anderer Ansicht als Herr Blumenfeld. Wollen Sie heute abend hier abstimmen und wählen lassen? Eventuell macht nachher die Fraktion etwas anderes, und wir geben alle Chancen aus der Hand. (*Blumenfeld*: Das habe ich nicht gesagt!) So, dann habe ich das mißverstanden.

Nun bin ich aber der Meinung, daß wir hier heute nicht etwa eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung wählen sollten und diesen Kreis dann der Öffentlichkeit hingeben sollten. Das ist eine taktische Frage, das ist eine praktische Frage und eine politische Frage, die wir gar nicht vorzeitig ausspielen können, wenn wir nicht wissen, wie das in der Fraktion aussieht.

Wir sollten hier eine Kommission bestimmen, die ihrerseits mit Weisungen des Bundesvorstands und mit Weisungen des Vorstands der Bundestagsfraktion die Verhandlungen aufnimmt und die Dinge klärt. Ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler der Ansicht, daß in beiden Fällen voraussichtlich Sachfragen eine größere Rolle spielen werden als die Personenfrage; das letztere ist bei beiden – was sich so aus den Gesprächen ergibt – nicht das Entscheidende, sondern die Sachfragen. Wir werden uns sehr schwer tun.

Ich bitte aber wirklich nicht zu unterschätzen, was bei den beiden anderen Fraktionen los ist. Ich darf Sie bitten, wirklich daran zu denken, daß hier z. T. die „Sechsundfünfziger“ von Düsseldorf<sup>21</sup> am Werke sind. Mir ist aus ganz konkreten Angeboten bekannt, daß einer, der mich, wie ich gesagt habe, in mein „Zwei-Mann-Unternehmen“ wegen der Bundesregierung mit hineingetrieben hat<sup>22</sup>, sehr eifrig nach der anderen Seite verhandelt, so daß ich ihm habe bestellen lassen: „Weswegen dann der Unfug mit Meyers die paar Monate?“ (*Zuruf*: Zoglmann<sup>23</sup>!) – Nein, den Mann kenne ich nicht. (*Weitere Zurufe*.)

21 Gemeint sind die „Jungtürken“ der FDP, die 1956 mit der SPD in einem Mißtrauensvotum die Regierung Arnold stürzten.

22 Nach der Wahl vom 10. Juli 1966 regierte Meyers mit einer Koalition von CDU (86 Mandate) und FDP (15 Mandate); die SPD verfügte über 99 Mandate.

23 Siegfried Zoglmann (geb. 1913), Verleger; 1950 FDP, Pressereferent, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957–1976 MdB (bis 9. Oktober 1970 FDP, zunächst Gast der CSU-Landesgruppe, ab 13. Dezember 1972 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion).

Es ist aber folgendes. Hier ist nicht nur der Bund im Spiel, sondern mein Freund Georg August Zinn<sup>24</sup> sagt: Ich werfe eventuell das Gewicht Hessens in die Waagschale. Man kann auch noch Nordrhein-Westfalen dazu nehmen. Dann ist das ein ganz kompaktes Paket von Angeboten, das kann so oder so – nun sagen Sie bloß nicht, ich dächte das aus Angst, daß ich meinen Stuhl da in Düsseldorf verlöre. Ich sage Ihnen das nur, damit Sie die Gegebenheiten sehen und nicht etwa meinen, die beiden könnten nicht zusammen. Im Lande sind die in der Kulturpolitik viel näher als die CDU zu jeder von ihnen; im Bunde sind sie in der Deutschlandpolitik, vielleicht auch in der Außenpolitik viel näher, als wir meinen. Dann werden sie also einige wenige sonstige Dinge überklettern können. Deswegen sollten wir das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand geben, sollten schnell handeln.

Das schnelle Handeln scheint mir darin zu bestehen, daß wir heute eine kleine Kommission bestimmen, und daß die Fraktion sich möglichst bald darüber klar wird, welche Richtung sie einschlägt. Das ist richtig: Wir können zwar allgemein die politischen Dinge hier besprechen, aber das letzte Wort hat eben die Fraktion.

Ich bitte die anwesenden Mitglieder der Fraktion auch die andere Möglichkeit zu berücksichtigen, die es in den Ländern gibt – in Niedersachsen haben wir es schon<sup>25</sup> –, die Große Koalition. Das könnte sich doch auch ändern. Es sind derart viele Angebotsmöglichkeiten da, so daß wir von uns aus schnell handeln und entscheiden sollten. Es gilt zwar immer noch die alte Geschichte von Lichtenberg: Ob es besser wird, wenn es anders wird, das steht dahin; daß es aber anders werden muß, wenn es gut werden soll, das ist gewiß.<sup>26</sup> Deswegen müssen wir schleunigst handeln, und zwar möglichst noch in dieser Woche.

*Röder:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr glücklich darüber, daß wir in dieser so wichtigen Frage zu der Auffassung gekommen sind, daß wir nicht gegeneinander, in den verschiedenen Parteigremien unabhängig voneinander, sondern miteinander an diese Fragen herangehen wollen. Das ist nicht immer so gewesen, das ist etwas Außergewöhnliches, das ist ein Fortschritt. Ich bin sehr glücklich darüber, daß sich dieser Standpunkt allgemein durchgesetzt hat. Wir werden noch ein Stück weiterkommen, wenn wir nicht nur in Landesvorsitzenden denken, nicht nur in Landesverbänden denken, nicht nur in Fraktion denken, nicht nur in Bundesparteivorstand denken, sondern wenn wir im Sinne der CDU denken. Jetzt sind wir auf diesem Wege, und ich glaube, es ist ein guter Weg.

---

24 Dr. Georg August Zinn (1901–1976), Rechtsanwalt; 1949–1951 und 1961 MdB (SPD), 1950–1969 Ministerpräsident von Hessen, 1954–1970 MdL Hessen. Vgl. Eilika WUNDER: Georg August Zinn (1901–1976), in: Bernd HEIDENREICH/Walter MÜHLHAUSEN (Hg.): Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2000 S. 95–108.

25 In Niedersachsen regierte seit Mai 1965 eine Koalition von SPD und CDU unter Ministerpräsident Georg Diederichs (SPD).

26 „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber soviel kann ich sagen, es muß anders werden, wenn es gut werden soll.“ Aphorismus (Sudelbuch 1793 K 246,3) nach Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799).

Unsere Schwäche heute – ich war Guest im Deutschen Bundestag und saß auf der Bundesratsbank – schien mir zu sein, daß wir den Vorwurf nicht abwehren konnten, der uns gemacht wurde, daß wir selber nicht wußten, was wir wollten. Das schien ein schwer zu widerlegender Vorwurf zu sein. Deshalb wird es dringend notwendig, daß wir dazu kommen, uns darüber zu einigen, was wir wollen. Das ist in dieser gemeinsamen Beratung der Vorstandsgremien durchaus möglich. Insofern stimme ich den Parteifreunden zu, die den Vorschlag gemacht haben, eine Kommission zu bilden, in der die Gremien vertreten sind.

Ich möchte nur bitten, diese Kommission durch den Vorstand der CSU zu ergänzen, ohne die wir ja auch nicht können und die morgen Vorstandssitzung in München hat. Es wäre sicher wichtig, daß auch die Landesgruppe der CSU hier mit raten und beraten kann.

Mit dem Augenblick, wo wir anfangen zu handeln – das muß natürlich noch in dieser Woche sein –, wird sehr vielen Gerüchten die Spitze genommen. Nur sollten wir über folgendes einig sein. Wir sollten heute und während diese Kommission sachlich berät, darauf verzichten, personelle Vorschläge zu machen, die dann doch die breite Resonanz nicht haben, da sie nicht gemeinsame Vorschläge all dieser beteiligten Gremien sein können. Wir sollten das zurückstellen, bis diese Gemeinsamkeit hergestellt ist. In der Zwischenzeit sollten wir darauf verzichten, qua Landesverbände, qua Fraktion, qua ... – ich weiß nicht welche Einrichtung – nun weitere personelle Kombinationen in die Welt zu setzen. Wir sollten einmal Disziplin halten, bis diese Gremien zu einem Ergebnis gekommen sind. Dann, meine ich, wären wir in der Lage, das Gesetz des Handelns wieder an uns zu bringen.

*Scheufelen:* Meine Damen und Herren! Einige Landesverbände aus Süddeutschland haben die Fraktion darum gebeten, daß keine präjudizierenden Entscheidungen getroffen werden, bevor dieses Gremium zusammengetreten ist. Die Lage ist klar. Es muß schnell gehandelt werden; die Fraktion muß das tun. Wir stehen also vor der Frage: Geschieht das ohne eine Meinungsäußerung dieses Gremiums, das zu diesem Zweck zusammengekommen ist, oder mit einer solchen?

Ich hielte es für schlecht, wenn wir dokumentieren würden, daß wir nicht mehr die Kraft und den Willen – mindestens in entscheidenden personellen Fragen – zu einer Meinungsäußerung haben. Das würde niemand verstehen. Wenn irgendein Gremium nicht entschlußfähig ist oder nicht zu einem Entschluß kommen will, nicht zu Vorschlägen, dann verschiebt man das ganze in eine Kommission. Ich bin der Meinung, daß wir eine Kommission brauchen, weil Sachfragen und alle möglichen Dinge geklärt werden müssen. Aber mindestens für den personellen Teil sollte sich dieses Gremium hier den Mut nehmen und die Dinge hier behandeln.

*Amrehn:* Was der Herr Kollege Röder ausgeführt hat – heute über Personen nicht zu sprechen, soweit die künftige Führung der Regierungsgeschäfte in Frage kommt –, gibt mir Veranlassung, das Wort zu ergreifen.

Heute ist der 12. Tag nach Eintritt der Regierungskrise. Gespräche mit dem früheren Koalitionspartner hätten eigentlich schon bis gestern bis zu einem gewissen Ergebnis

geführt werden müssen, um das Ereignis von heute morgen zu verhüten, wenn mit der FDP überhaupt noch etwas drin ist. Die Konsequenz: Weil es uns schon allzu viel Zeit gekostet hat und weil wir heute handeln müssen, bin ich nicht nur der Meinung, daß die Kommission gebildet werden muß. Ich möchte auch gleich sehr konkret vorschlagen, wie sie vielleicht aussehen könnte, ohne dafür im Augenblick Namen zu nennen. Ich bin vielmehr die Meinung, daß dieser Vorstand seine Führungsaufgabe in der Partei überhaupt nur wahrnehmen kann, wenn er endlich – da er nun einmal zusammengetreten ist – heute auch Beschlüsse in dieser Richtung faßt und sagt: Erstens, es wird eine Kommission gebildet. Zweitens, sie soll zehn Mann stark sein; davon werden vier von diesem Vorstand gestellt, vier von der Fraktion. Ich glaube, daß das ein ausgewogenes Verhältnis ist. Die Mitsprache des Vorstands – mindestens die Mitsprache des Vorstands – muß in dieser Form zum Ausdruck kommen. Ich weiß nicht, ob es dann angemessen ist, wenn die CSU zwei Plätze in der Kommission besetzt. Vielleicht sagt man auch 3 und 3 und 2; das ist auch diskutabel. Das muß jetzt geschehen. Es müssen jetzt vier Mitglieder dafür benannt werden. Morgen muß die CDU-Fraktion des Bundestags das auch tun. Dann sind wir schon ein ganzes Stück weiter.

Wenn wir nicht hinter der Fraktion herlaufen sollen und wollen, und ihr nicht alle Entscheidungsmacht allein überlassen wollen, dann müssen wir heute auch im Stande sein, den Namen des Mannes zu nennen, der künftig für uns eine Regierung führen soll. Ich bin mir völlig darüber klar, daß es heute abend nicht möglich ist, den einen hier aus dem Kreis allein zu bestimmen, der es schließlich machen muß. Aber dieser Vorstand muß mindestens imstande sein, zu sagen: Die zwei oder die drei kommen in Frage. Wir werden, soweit ich es vorsehen kann, es in der Praxis nicht anders handhaben können, als dann der Fraktion die Entscheidung zu überlassen, wen sie davon nominieren will. Ich wäre glücklich, wenn die Partei sich verständigen könnte, schon heute hier den einen Mann zu nennen und von der Fraktion diesen Namen billigen zu lassen. Aber ich weiß, so, wie die Dinge stehen, werden wir auch bis heute abend 11.00 oder 12.00 Uhr nicht zu der Entscheidung für einen Mann kommen. Deswegen wird uns nichts anderes übrig bleiben, als der Fraktion wenigstens eine Auswahl anzubieten. Wir können der Fraktion keinen Vorwurf machen, daß sie eigenmächtig handelt, wenn der Vorstand nicht handelt. Es ist schon zuviel Zeit vergangen.

Ein letzter Punkt. Nach meinem Eindruck ist sowohl im Vorstand als auch in der Fraktion noch eine relative Mehrheit für die Wiederherstellung der Koalition mit der FDP vorhanden. Auch ich wäre froh, wenn wir diese Koalition fortsetzen könnten. Aber dann hätte sie nicht in der vergangenen Woche in dieser Form auseinanderbrechen dürfen. Deswegen gebe ich der Möglichkeit einer Wiederherstellung der Koalition mit der FDP – noch dazu nach dem heutigen Morgen – nur eine sehr geringe Chance.

Ich möchte – nach manchem Beitrag, der heute schon geleistet worden ist – erreichen, daß wir in diesem Vorstand und für die Fraktion, vor allen Dingen aber auch für viele Mitglieder von uns wenigstens das Bewußtsein herstellen, daß es auch nach der anderen Seite – mit der SPD – ernsthafte Verhandlungen um eine Koalition geben muß. Heute hat das jemand einen Sprung ins kalte Wasser genannt. Das weiß ich auch. Aber

ich möchte gleich dazusetzen: Ich wäre unter allen Umständen dagegen – was manche Freunde raten –, anstatt die Gefahr einer Großen Koalition zwischen SPD und uns einzugehen, dann doch lieber in die Opposition zu gehen. Ich will das im Augenblick gar nicht näher ausführen, sondern nur sagen: Wir müssen dem Vorschlag geöffnet bleiben, auch mit der SPD in allem Ernst zu verhandeln.

Ich unterstreiche das so, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß man mit den unsicheren Kantonisten, die uns seit Jahren so viel Schwierigkeiten bereitet haben und die die Verantwortung für die gegenwärtige Lage tragen, morgen mit Aussicht auf drei Jahre beständige Gemeinsamkeit Politik bis 1969 machen kann. Das wäre der endgültige Verschleiß der CDU. Sie haben recht, wenn Sie mir entgegnen: Mit der SPD kommen wir in eine ähnliche Verschleißprobe. Die Chancen für unser Überleben halte ich hier aber noch für mehr gegeben als mit der FDP.

*Klepsch:* Ich glaube, daß es gut ist, daß die Fraktion dem Parteivorstand die Möglichkeit eingeräumt hat, zunächst eine Stellungnahme abzugehen. Wenn das so ist, dann muß dieser Parteivorstand auch tatsächlich eine klare und präzise Aussage machen. Es handelt sich dabei nicht nur darum, daß wir jetzt die Lösung der Neubildung der Regierung betreiben, sondern es geht darum, daß eine Entscheidung für das Schicksal der Partei als solcher getroffen werden muß. Darf ich dazu zwei Bemerkungen beitragen.

Die eine Bemerkung ist an den Parteivorsitzenden gerichtet. Meine Loyalität zu Ihnen, Herr Bundeskanzler, ist wohl nicht angezweifelt worden und gilt sicher auch als unerschüttert. Dessenungeachtet möchte ich folgendes sagen. Sie haben vorhin auf die Frage meines Freundes Even eine meines Erachtens sehr klare Antwort gegeben. Wenn hier unsere Linie Verhandlungen nach beiden Seiten sein soll, wenn man von der Lage in der Fraktion ausgeht und wenn man darüber hinaus von der Lage bei solchen Verhandlungen ausgeht, dann würde ich sagen: Wir sollten uns nicht in verschlungenen Formeln um die Position bewegen, die sich unter dem Wort „personelle Frage“ verbirgt. Wir sollten vielmehr im Parteivorstand offen darüber sprechen, welche andere Persönlichkeit wir anstelle unseres Bundeskanzlers als diejenige Persönlichkeit vorschlagen sollten, die die Neubildung der Regierung in die Hand nehmen soll. Ich sage das deshalb ganz nüchtern, weil ich glaube, daß es keinen Zweck hat – wenn die heutige Sitzung des Parteivorstands überhaupt einen Sinn gehabt haben soll –, wenn wir diese Frage nicht zu beantworten suchen.

Ich glaube deshalb auch nicht, daß es einen Sinn hat, ohne klare Aussprache über diesen Punkt eine Kommission zu beauftragen. Wir haben ja alle gesagt, daß diese Dinge noch in dieser Woche geschehen müssen und daß keine Zeit mehr bis zur nächsten Woche ist. Wenn jetzt die CSU am Mittwoch und die Fraktion am Donnerstag weitere Elemente zu einer solchen Kommission bestellen, dann sehe ich keinen Zeitpunkt mehr, wann diese Kommission zusammentreten soll, um noch in dieser Woche der Fraktion eine Entscheidung vorzulegen.

Da das ganz klar auf der Hand liegt, sollten wir nun ganz offen in die Aussprache über das eintreten, was Herr Amrehn unter zweitens gesagt hat, nämlich daß dieser Parteivorstand das Schicksal der Partei ganz maßgeblich mitzugestalten hat. Das ist keine

Aufgabe, die allein der Bundestagsfraktion zufallen kann. Deshalb sollte in diesem Vorstand heute und jetzt eine Aussprache über die Namen geführt werden. Ich würde es begrüßen, wenn wir in diesem Parteivorstand doch auf einen Namen kämen. Sollte das nicht möglich sein, dann verstehe ich den Begriff „Auswahl“, den Sie, Herr Amrehn, gebraucht haben, so, daß Auswahl nicht heißt, es seien nun alle Namen genannt worden, sondern daß wir hier als Vorstand eine Einengung vornehmen.

Nun muß ich allerdings noch etwas sagen. Wenn hier die Hoffnung ausgedrückt wurde, daß personelle Gespräche und Kombinationen unterblieben, weil wir hier eine Kommission einsetzen, dann halte ich das für völlig verfehlt. Alle wissen, daß solche Gespräche schon die ganze Zeit geführt werden. Alle wissen auch, daß sie nicht aufhören werden, wie sie in der Vergangenheit auch nicht aufgehört haben, wenn wir eine neue Gemeinsamkeitsentschließung gefaßt haben. Deshalb sollten wir hier ein klares Wort sprechen.

Ich sage das deshalb so nachdrücklich, weil ich meine, daß wir das auch unserem Parteivorsitzenden schuldig sind, der eine sehr wichtige Funktion für unsere Partei zu tragen hat. Er hat mit Recht auf die hohe Verantwortung hingewiesen, die ihm um das Schicksal der politischen Gruppierung, für die wir hier in Deutschland eintreten, auferlegt ist. Ich glaube daher, daß wir nun damit abschließen sollten, darüber zu sprechen, ob eine solche Kommission gebildet werden soll oder nicht. Eine solche Kommission zur Beratung von Sachfragen mag gebildet werden. Aber für wichtig halte ich, daß wir jetzt in die Aussprache über die sogenannte Personenfrage eintreten. Ich halte nichts davon, daß wir weiter verschlungen auf diesen Punkt zusteuern.

Ich darf eine letzte Bemerkung zur Frage der Koalition machen. Das ist ein Punkt, den wir heute hier nicht entscheiden können; dieser Punkt kann erst in den Verhandlungen abgeklärt werden. Ich bin mir aber darüber klar – ich glaube wir alle –, daß wir nicht mehr sehr viel Zeit haben, wenn wir die Initiative in bezug auf die Bildung der Koalition in der Hand behalten wollen. Wenn wir heute gehört haben, daß Herr Bahr<sup>27</sup> aus Berlin angereist gekommen ist, um hier eine ganz bestimmte Koalition weiter voranzutreiben, dann sollte uns das nachdrücklich dazu bringen, jetzt energisch die Verhandlungen aufzunehmen. Ich halte es dabei für ganz selbstverständlich, daß in einer solchen Verhandlungskommission entscheidend unser Bundesparteivorsitzender beteiligt ist.

*Gurk:* Meine Damen und Herren! Ich möchte auch unterstreichen, daß wir nicht leichten Herzens einer etwaigen Oppositionsstellung entgegengehen sollten. Bei der Eigenart unserer Bewegung wird man erfahrungsgemäß aus der Opposition heraus nur

---

27 Egon Bahr (geb. 1922), Journalist; 1950–1960 Kommentator beim RIAS Berlin, 1956 SPD, 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, 1967–1969 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bundesbevollmächtigter für Berlin, 1972–1990 MdB, 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1976 für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976–1981 SPD-Bundesgeschäftsführer. Vgl. Daniel KÜCHENMEISTER/Detlef NAKATH (Hg.): Architekt und Brückenbauer. Gedanken Ostdeutscher zum 80. Geburtstag von Egon Bahr. Bonn 2002.

sehr schwer wieder an die Regierung kommen können, denn die Regierung, die gegen uns gebildet wird, wird massiv operieren.

Das zweite, was ich in aller Kürze sagen wollte, ist folgendes. Wir können natürlich an der Personenfrage nicht vorübergehen. Die Ohnmacht, in der Personenfrage im Getriebe der Möglichkeiten zu einer Entscheidung zu kommen, macht uns vor der Bevölkerung irgendwie schwach; wir sehen ohnmächtig aus. Wir müssen da zu einer Entscheidung kommen. Außerdem hört dieses Getriebe nicht auf, wenn wir nicht abgrenzen. Wir müssen von denjenigen, die nach ernster Prüfung nicht in diese engere Wahl kommen, erwarten, daß sie Disziplin halten. Wer auch erwählt wird, er bedarf der disziplinären einwandfreien Haltung der ehemaligen Mitkonkurrenten.

Ich halte es für unmöglich, in der Art über Sachfragen zu diskutieren, daß man dem kommenden Kanzler sagt: So, das ist jetzt dein Programm. Er muß bei der Diskussion der Sachfragen dabeisein.

Wollen wir da mal ein offenes Wort unter uns sprechen, warum wir nicht an die Sache herankommen. Diese Schwierigkeit hat man übrigens auch im bürgerlichen Ver einsleben. Die anwesenden beteiligten Herren mögen mir das nicht übelnehmen. Ich meine, wenn die Beteiligten dabeisind, ist es schwer, zu einer offenen Aussprache zu kommen. In einem bürgerlichen Verein findet man in diesem Falle eine Lösung: die Diskussion ohne Anwesenheit der Betreffenden zu führen. (*Heiterkeit und Zurufe*.) Diese Lösung könnte man auch hier finden. (*Fortgesetzte Unruhe*.) Ich glaube, wir haben uns ganz gut verstanden. Wenn Sie mich nicht verstanden haben, kann ich es noch deutlicher sagen: (*Erneute Zurufe*.) Ich glaube, Sie sind doch alle Mitglied in einem Gesangverein, und wissen, wie man es da macht.

Im übrigen wäre noch folgende Möglichkeit gegeben, um einen erheblichen Schritt voranzukommen. Man könnte z. B. diese Sitzung unterbrechen – da wir meines Erachtens nicht ohne eine gewisse Vorentscheidung weggehen dürfen – und könnte dieser Kommission die Aufgabe stellen, in einer Stunde einen Vorschlag zu erarbeiten. (*Zurufe*.) Aber ich ziehe es vor, hier in diesem Kreis unter solchen Umständen zu diskutieren, wie man das in einem – ich darf es noch einmal sagen, Sie haben mich verstanden – Verein auch tut.

*Hellwig:* Meine Damen und Herren! Ich will nur eine kleine Ergänzung zu dem bisherigen Stand der Diskussion beitragen. Sie betrifft nicht die Personenfrage. Wir diskutieren im Augenblick, wen wir vielleicht wollen. Aber es wird im Augenblick noch nicht davon gesprochen, was wir eigentlich wollen. Hier muß man das Problem des Terminzwangs sehen, unter dem die Bundestagsfraktion hinsichtlich des Haushaltes und der damit verbundenen Finanzvorlagen steht. Hier an diesem Tisch sitzt ein wesentlicher Teil der CDU, ohne dessen Mitwirkung auch die Arbeit der Bundestagsfraktion nicht zum Abschluß gebracht werden kann.

Was ist das Verhältnis Bund-Länder im Hinblick auf die kommenden Probleme des Bundeshaushalts? Hier ist eine Aufgabe auch an uns, den Bundesvorstand der CDU, gestellt. Ich bitte, diese Frage nicht beiseite zu schieben; gleichgültig, auf wen wir uns im weiteren Gespräch nachher konzentrieren, er wird vor dem gleichen Problem des

ungeklärten Verhältnisses zu unseren eigenen Positionen in den Ländern stehen. In der Berichterstattung des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Dr. Barzel ist dieser Punkt bisher leider untergegangen. Daher erlaube ich mir, ihn hier noch einmal zur Sprache zu bringen.

*Erhard:* Herr Kollege Hellwig, ich möchte Sie bitten, diese Frage hier nicht mit zur Diskussion zu stellen. Das ist eine Belastung, die unerträglich ist. Die Angelegenheit muß jetzt in der gesetzmäßigen Prozedur in Angriff genommen werden.

*Lücke:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben keine Mehrheit, und wir haben keine Zeit. Damit ist die Frage nach der Zukunft der CDU in den nächsten Jahren gestellt.

Wenn das stimmt – und ich stimme dem bei –, daß wir bis Ende der Woche eine Lösung finden müssen, dann muß allerdings ein Wort dazu gesagt werden, was wir unter einer großen Koalition verstehen. Da ich ohnehin in Verdacht stehe, Anhänger dieser Richtung zu sein, darf ich das bei dieser Gelegenheit einmal klarstellen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben vorhin den Satz ausgesprochen, Sie hätten eine große Koalition aus staatsmännischen Gründen abgelehnt. Diesen Satz unterstreiche ich, wenn man große Koalition im Sinne des Proporzsystems begreift, wie sie in Österreich teilweise zum Schaden des Landes jahrelang praktiziert worden ist.<sup>28</sup> Wenn der Fall überlegt werden sollte, eine solche große Koalition im Sinne des Proporzsystems zu diskutieren, würde ich mit Nachdruck dagegen sein, denn dann würde die CDU/CSU draufzahlen.

Worum es hier gehen kann – das muß erörtert werden –, ist zu überlegen: Gibt es noch eine Chance, Korrekturen am Grundgesetz vorzunehmen, die wir alle miteinander brauchen, in der Finanzverfassung ebenso wie im Steuerwesen und beim Stabilitätsge- setz bis hin zu einem praktikablen mehrheitsbildenden Wahlrecht? Ich sagte, wir haben wenig Zeit.

Ich nenne deshalb diesen Weg die große Konzeption, die für ein vorübergehendes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten erreicht werden müßte. Wenn sie nicht erreicht werden kann, würde ich mich mit Nachdruck für die kleine Koalition aussprechen. Nicht zuletzt nach den Hessen-Wahlen ist deutlich geworden, daß wir einen Rechtsradikalismus haben, der von unseren Schwierigkeiten, aber auch von anderen Dingen profitiert. Aber ebenso herrschen in der Sozialdemokratie große Schwierigkeiten von linksradikaler Seite her. Meine Damen und Herren, wenn ich hier gesagt habe, wir haben keine Zeit, dann meine ich damit nicht nur die CDU/CSU, sondern auch die konstruktiven Kräfte der anderen Parteien. Deshalb kann man die Konzeption, für die ich plädiere, bei den Diskussionen nicht vom vorübergehenden Zusammengehen mit den Sozialdemokraten und vielleicht auch nicht von der Person trennen, die diese Aufgabe durchführt.

Weil die Frage nach Personen gestellt worden ist, habe ich schon in Nürnberg beim Wahlkampf für meine Person erklärt und erkläre es auch hier, damit wir weiterkommen,

---

28 In Österreich regierte von 1946 bis 1966 immer eine große Koalition aus ÖVP und SPÖ.

ganz offen: Ich habe zu keiner Stunde daran gedacht, in den Wettbewerb einer solchen Kanzlerkandidatur einzutreten.

Ich sehe allerdings meine Aufgabe als Innenminister und als Politiker mit großem Ernst darin, den Versuch zu unternehmen, diesem jungen Staat das zu ersparen, was wir in Weimar erlebt haben. Meine Damen und Herren, nehmen Sie das bitte ernst, was sich rechts von uns getan hat. Gelingt es nicht, durch ein vorübergehendes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten die große Konzeption durchzusetzen, dann sehe ich sowohl für die CDU als Partei als auch für unseren Staat keine gute Zukunft.

Die kleine Koalition mit den Freien Demokraten fortzuführen, halte ich für sehr problematisch, es sei denn aus den Gründen, die ich hier nannte. Darum müssen wir, Herr Kollege Klepsch und Herr Kollege Amrehn, mit Namen doch sehr behutsam umgehen. Wir sollten also irgendwie eine Kommission bilden, damit wir am Wochenende ein Ergebnis haben.

Unser Freund Gurk hat nun empfohlen, daß die Herren, die die Verantwortung übernehmen sollen – wer dieses Amt übernimmt, übernimmt eine ungeheure Verantwortung –, sich draußen hinsetzen sollten, um zu erfahren, ob sie das dürfen oder nicht. Das alles geht nur, wenn wir in einer großen Einmütigkeit den Partnern zeigen: Diese CDU/CSU ist in ihrem Weg einig. Wir haben Macht – uns fehlen fünf Mandate – und können die Macht bei den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten zeigen; wenn dieser andere Weg nicht gangbar ist – ich fürchte beinahe, daß die große Konzeption nicht mehr geht –, dann müssen wir geschlossen mit den Freien Demokraten verhandeln.

*Wagner:* Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, daß ich für die CSU in diesem Kreise ein paar Bemerkungen machen kann. Zunächst stimme ich völlig damit überein, daß uns kaum mehr Zeit bleibt, lange zu überlegen. Ich glaube, daß die Frage, wer nun beauftragt werden soll, die Verhandlungen zu führen und wieder eine tragbare Mehrheit im Bundestag zu schaffen, dringlich ist, und daß die Klärung noch in dieser Woche erfolgen muß.

Man kann eine solch wichtige Entscheidung sicherlich nicht unter dem Gesichtswinkel der Wahlen in Bayern sehen. Ich möchte aber doch sagen, daß alles, was in personeller wie in sachlicher Hinsicht bis zum 20. November noch klargestellt werden kann, unsere Ausgangsposition, unsere Chancen in Bayern wesentlich verbessern hilft.

Nun zur Situation der CSU. Wir gehen natürlich davon aus, daß eine Entscheidung in solch wesentlichen Fragen nicht gegen uns oder ohne uns getroffen werden kann, sondern im engen Einvernehmen mit der CSU. Es ist genauso selbstverständlich, daß hinsichtlich der personellen Frage die CSU zunächst einmal abwarten wird, was die CDU an Vorschlägen bringt. Wir sind bei der Einberufung unserer morgigen Vorstandssitzung davon ausgegangen, daß dieser Vorstand heute einige personelle Vorschläge unterbreitet, die morgen in unserem Kreis diskutiert werden können.

*Grundmann:* Meine Damen und Herren! Wir sollten uns hüten, hier und heute eine Personaldiskussion zu führen. Ich will das begründen. Ich kann nicht in den Verdacht kommen, etwa nicht genau zu sehen, wie kritisch unsere innerparteiliche Situation ist. Es ist ja auch einmal erlaubt, in die Partei hineinzusehen. Wir wissen, daß von diesem

Führungsgremium verlangt wird, daß eine gewisse Stabilisierung in unseren Reihen eintritt. Denn diese Partei – bis zum letzten Mitglied – werden wir nach diesen Tagen mehr denn je brauchen, um uns wieder neu zu formieren, um Boden zu gewinnen, um neue Dinge tun zu können.

Ich teile die Auffassung von allen, die eine Kommission wollen. Ich möchte diese Kommission aber nicht mit dem Beigeschmack versehen haben, daß wir sie nur zur Abwicklung lästiger Fragen einsetzen. Ihr Mandat – und damit liegt auch bereits auf diesem Bundesvorstand eine Verantwortung, die kaum übertroffen werden kann – bezüglich der Auswahl der Positionen ist mit einer Verantwortung verbunden, wie sie zu keiner Zeit irgendein Führungsgremium getragen hat. Wir sollten uns also zunächst auf die Zusammensetzung dieser Verhandlungskommission konzentrieren. Wir werden dann schon spüren, wie schwierig Personalien sind, die so schwergewichtig in einem solchen Kreis entschieden werden müssen.

Herr Amrehn hat recht, wenn er sagt, es dürfe keinen Zweifel daran geben, daß unsere vielfache These der Verhandlungen nach beiden Seiten auch wirklich als Verhandlungen nach beiden Seiten gemeint sei. Ich beziehe mich auf Ministerpräsident Meyers: Wir sollten nicht unterschätzen – ich habe das schon in der letzten Bundesvorstandssitzung unter Hinweis auf die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen gesagt –, daß die Verhandlungsposition der Freien Demokraten eine sehr viel stärkere Wendung zu den Sozialdemokraten hat, als es im Augenblick für uns erkennbar sein mag. Wir stehen auch unter einem Zeitdruck. Wir sollten nicht so lange diskutieren, daß uns am Ende nur noch die Diskussion bleibt, wieviel Versäumnisse wir auf uns geladen haben in einer Zeit, wo andere Leute sich geeinigt haben. Ich möchte die Verhandlungen nach beiden Seiten sehr bald, damit zumindest nicht das Alibi bleiben kann, man habe nicht mit beiden Seiten offen und ehrlich gesprochen.

*Erhard:* Ich stelle fest, daß der Vorsitzende der CSU jetzt bei uns erschienen ist. Ich darf ihn herzlich begrüßen. (*Beifall.*)

*Kohl:* Meine Damen und Herren, zunächst ein Wort zur Koalitionsfrage! Ich bin damit einverstanden, daß wir nach beiden Seiten hin verhandeln, und zwar durchaus in der Form, daß nicht nur die Preisfrage sich dadurch erleichtert, sondern daß wir auch einmal die Grundlagen der Sachpolitik abgrenzen. Man braucht ja für manche Gesetze – egal, wer Opposition wird – für die Zukunft eine klare Aussage, was die einzelnen wollen.

Ich mache aus meiner persönlichen Meinung in diesem Zusammenhang keinen Hehl. Ich sehe überhaupt keine Chance für die CDU, in einer großen Koalition ihre Position zu verbessern. Ich bin persönlich der Auffassung, daß bei der gesamten Situation der CDU/CSU in der Bundesrepublik nach draußen der Eindruck entsteht: Wir waren nicht in der Lage, unsere Geschicke und unsere Sache allein mit Erfolg zu führen; aus diesem Grunde müssen wir jetzt die Sozialdemokraten als Nothelfer hereinholen.

Es gibt ein wichtiges Argument, und auch dazu einen Satz. Es wird gesagt, wir machen eine Koalition auf Zeit, und ein wichtiger Bestandteil dieser Koalition auf Zeit ist die Änderung des Wahlrechtes. Ich bin ein überzeugter Anhänger des Mehrheitswahl-

rechtes. Ich glaube aber, die jetzige Situation ist denkbar unglücklich, in Glaubwürdigkeit vor den deutschen Bürgern dieses Experiment einzugehen. Es ist eine Fehlrechnung. Wenn Sie jetzt noch eine bestehende Partei – hier kommt es nicht auf Sympathien oder Antipathien an – wie die FDP qua Wahlgesetz abschaffen, werden Sie einen Teil ihrer Wähler zwangsläufig nach rechtsradikal ableiten, Sie werden die Staatsverdrossenheit verstärken und all das andere. Wenn wir in der CDU/CSU die innere Kraft zu einem Zeitpunkt aufgebracht hätten, als wir die absolute Mehrheit hatten, als unsere parteipolitische Lage ganz anders war als heute, diesen Schritt zu tun: Ja dazu. Wenn sich diese Situation – wenn wir uns endlich zu uns selbst finden – morgen wieder ergibt – von mir ein klares Ja dazu. Die jetzige Situation scheint mir aber nicht überzeugend zu sein.

Das nächste mit der Kommission! Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Das ganze mutet mich ein bißchen gespenstig an. Wir verhandeln jetzt 1½ Stunden. Jeder weiß, um was es geht. Es sind doch alles kluge, erfahrene Damen und Herren – keiner spricht es aus. Es wird der Geist der Fraktion beschworen; es wird die CSU beschworen, die morgen tagt. Es wird all das vorgetragen, was eigentlich eine Ausflucht vor uns selbst ist. Glauben Sie denn, daß ein Mensch in der CDU/CSU glaubt, daß der Vorstand heute zusammensitzt und mehr oder weniger kluge Reden austauscht? Jeder erwartet, daß hier etwas herauskommt.

Ich bin für die Kommission in einem anderen Zusammenhang. Aber wer soll die Kommission sein? Wollen wir nach Art der amerikanischen Wahlmänner bei der Präsidentenwahl vorher die einzelnen Kommissionsmitglieder fragen: Mit wem hältst du es in diesem bestimmten Fall? Darauf läuft es doch hinaus. Herr Kollege Grundmann, mit der Wahl der Kommission präjudizieren wir doch möglicherweise den Personalvorschlag. Keiner ist ein so heuriger Hase ... (*Zurufe.*) Doch, Herr Kollege Stoltenberg. Ich bin vielleicht naiv, aber ich glaube, daß, wenn bestimmte Leute – ich könnte sie hier im Saal nennen – in der Kommission sitzen, die nicht etwas ganz anderes machen, als sie die ganze Zeit gesagt haben und wie sie gehandelt haben. Das ist meine naive Meinung zu diesem Punkt.

Ich bin für die Kommission, weil ja so etwas – auch die weiteren Schritte, Verhandlungen und das alles – vernünftig beraten werden muß. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Aber, meine Damen und Herren, es führt doch kein Weg vorbei: Fragen Sie doch mal hier, wer von den Landesvorsitzenden, wer von den Leuten aus den Landesverbänden keine Verabredung für heute abend mit den Kollegen aus der Bundestagsfraktion hat! Das soll mal jeder ehrlich sagen. (*Zurufe.*) Herr Fricke, Sie wollten vorzeitig abreisen; deshalb sind Sie nicht verabredet. (*Heiterkeit.*) In der Regel hat doch jeder eine Verabredung. Die Freunde aus der Bundestagsfraktion fragen doch: Was habt ihr eigentlich besprochen? Wenn wir dann kommen und sagen: Wir haben gesagt, es muß alles anders werden, dann ist das ein bißchen zu wenig.

Deswegen meine ich, wir sollten jetzt schlicht und einfach die Namen auf den Tisch bringen und sollten sagen, wer genannt wird. Meine Damen und Herren, es werden im wesentlichen vier Freunde – die alle hier heute anwesend sind – genannt. Ich will sie

nach dem Alphabet bringen, denn das ist eine Sache, die jeder von Geburt aus mit sich rumträgt; damit kann dann niemand sagen, daß der eine eine Priorität genießt.

Es wird genannt der Fraktionsvorsitzende, unser Freund Barzel. Es wird genannt der Bundestagspräsident, unser Freund Gerstenmaier. Es wird genannt der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, unser Freund Kiesinger. Es wird genannt der Außenminister, unser Freund Schröder. Das sind im wesentlichen die Namen, die vor allem diskutiert werden.

Es werden darüber hinaus noch andere Namen genannt. Ich habe fast den Eindruck, es wird auch der Name unseres Freundes Duhues genannt; aber Sie wissen, was er dazu in den letzten Tagen gesagt hat. Es wird noch der Name von Professor Hallstein genannt. Ich glaube, das ist im Augenblick die Liste. Ich bin vielleicht nicht auf dem neuesten Stand. Andere wissen vielleicht mehr und können sie ergänzen. (*Heiterkeit.*)

Ich meine, man sollte sich darüber jetzt einmal vernünftig unterhalten. „Vernünftig“ bedeutet für mich als allererstes folgendes. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Mann, der jetzt benannt werden soll – ich meine „jetzt“ nicht im Zeitlichen, sondern als der nächste Bundeskanzler –, unter der Voraussetzung, daß wir es in der CDU wieder schaffen, egal mit wem eine Koalition zu bilden und wir den Kanzler stellen, kein Kanzler auf Abruf sein kann, sondern ein Kanzler, der für uns die nächsten Bundestagswahlen mit führt und möglichst – wenn wir zusammenhelpfen – auch gewinnt. Das ist eine wichtige Voraussetzung. Sie schließt ganz klar mit ein, daß bei allen Geburtswehen, die hier zwangsläufig – und das gehört zu einer demokratischen Entscheidung – existieren, dieser Mann die Fähigkeit hat, die Integration in der Partei zu betreiben und die jetzt zwangsläufig aufgetretenen Spannungen und Gräben – Sie können es nennen, wie Sie es wollen – zu schließen. Er darf nicht zunächst darauf ausgehen, Gräben zu vertiefen und zu erweitern, sondern er muß sie schließen. Er muß all die Dinge, die wir wünschen – auch darüber braucht man keinen Vortrag zu halten, jeder weiß das – in einem Höchstmaße in sich vereinigen; den idealen Kandidaten gibt es nicht.

Ich finde, unter Parteifreunden muß es möglich sein, in einer so wichtigen Frage jetzt auch im Detail Stellung zu beziehen. Ich darf sie herzlich bitten, das zu tun, so schwierig das im einzelnen auch sein mag. Es führt gar kein Weg vorbei. Ich bin ganz sicher: Wir präjudizieren damit auch nicht die Fraktion. Nach meinen Informationen – ich war heute auch im Bundestag – wartet man sehnstüchtig darauf, daß jetzt irgend jemand mit der Diskussion anfängt, daß also die Diskussion nicht ad calendas graecas vor uns hergeschoben wird. Ich habe den Eindruck, daß Zivilcourage im Augenblick auch eine wichtige Tugend der CDU/CSU sein sollte. Weil unsere Freunde von der CSU noch hier sind – der Landesvorstand der CSU tritt ja morgen zusammen –, möchte ich, daß die auch ein Bild aus erster Hand gewinnen. Es ist eine mächtige und wichtige Schwesterpartei; aber in Konzert der CDU und CSU, Herr Kollege Strauß, ist es die kleinere Schwesterpartei. Deswegen ist es ganz richtig, daß wir heute das erste Wort haben.

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mich bei den Ausführungen des Kollegen Kohl gemeldet, weil zwei Punkte einer gewissen Klärung bedürfen.

Ich habe den Vorschlag für eine Kommission, der von mehreren Herren gemacht wurde, nicht so verstanden, daß diese Kommission jetzt Personaldebatten führen und für die Fraktion diesbezügliche Entscheidungen vorbereiten soll. Ich habe den Vorschlag vielmehr so verstanden, und so hat er meines Erachtens einen Sinn – man muß ihn natürlich in den Gesamtzusammenhang des weiteren Vorgehens und der anderen Entscheidungen einordnen –, daß in dieser Kommission die Sachverhandlungen vorbereitet werden sollen. Die Schwierigkeiten in den Sachfragen soll man auch nicht unterschätzen. Wir wollen nicht so tun, daß wir, wenn wir wirklich einmal in einer grundsätzlichen Form in der Form des Koalitionsgespräches Sachfragen entscheiden müssen, von vornherein unter uns in allen diesen Fragen einig sind. Wenn wir auf der einen Seite dem Bundesparteivorsitzenden – oder den beiden Vorsitzenden; der Kollege Strauß als Vorsitzender der CSU ist selbstverständlich genauso beteiligt – und auf der anderen Seite demjenigen, den wir in Kürze als neuen Kanzlerkandidaten herausstellen, das volle Gewicht dieser Sachverhandlungen ohne eine gewisse institutionelle Mitwirkung einiger ihnen zugeordneter Persönlichkeiten unseres besonderen Vertrauens übertragen, dann ist das natürlich sehr schwer. Deswegen glaube ich, daß dieser Kommissionsgedanke für die Sachfragen sehr gut ist. (Kohl: Völlig einig!)

Ich möchte nur noch einen Satz dazu sagen, Herr Kollege Amrehn. Machen Sie diese Kommission nicht zu groß. Ich könnte mir vorstellen, daß fünf CDU-Mitglieder und zwei CSU-Mitglieder die Obergrenze darstellen. Die Verhandlungsführer können jederzeit zu Einzelfragen Sachverständige aus dem Kreis der Partei und der Fraktion hinzuziehen. Aber machen Sie nicht ein Gremium, das schon vorher die meiste Zeit für sich tagen muß, um eine Meinungsbildung durchzuführen. Hier wird ein besonderes Maß an Vertrauen durch die erforderlichen Sachdebatten in den Organen der Fraktion – ich würde sagen, bei der besonderen Bedeutung dieser Frage gegebenenfalls auch mal durch zwei, drei Bundesvorstandssitzungen in zwei, drei Wochen – vorzubereiten sein.

Nun zu dem Vorschlag der Personaldebatte. Ich finde es nicht schädlich, daß hier mal die vier Namen genannt sind, die bisher ernst in Betracht kommen und die in der Partei und Fraktion eine Rolle spielen. Aber ich muß ganz deutlich sagen: Wenn wir weitergehen, als diese vier Namen zu nennen, dann müssen wir bis zur letzten Konsequenz diskutieren. Davor möchte ich nachdrücklich warnen. Wir können uns ja nicht darauf beschränken, daß aus diesem Kreis hier, der noch verbleibt, vielleicht zehn, zwölf oder 20 Damen und Herren sich zu Wort melden und im Positiven oder Negativen ihre Meinung über die genannten Herren sagen und wir uns dann nach der Phonestärke ein Bild machen. Ich sage das nur zum Verfahren. Man muß, wenn man eine Debatte beginnt, sich darüber im klaren sein, wo man enden will. Dann kann man eben nur bei einer vorläufigen Abstimmung enden. Dagegen hätte ich aus einer ganzen Reihe von Gründen, die hier auch genannt worden sind, sehr ernstliche Bedenken. Ich glaube, daß wir bei allem Drang zur Klärung das heute hier nicht tun sollten, sondern daß wir

uns auf die Erörterung der politischen Grundsatzfragen, des weiteren Verfahrens – eines noch etwas weiter zu klärenden Verfahrens – hier konzentrieren sollten, und daß dann letztens nach einer Reihe von informellen Gesprächen, die es ja sowieso gibt, in der Fraktion entschieden werden muß. Dann wird sich zeigen, wieviel der Genannten – oder überhaupt wieviel unsere Freunde – zur Wahl stehen und wie diese Wahl ausgeht. Etwas anderes halte ich nicht für möglich.

In unserer sehr schlechten Situation haben wir in den letzten Tagen zwei positive Tatbestände zu verzeichnen. Das eine ist die Art und Weise, wie der Bundeskanzler selber die Führung dieser Diskussion übernommen hat. Das hat uns zunächst einmal in der Öffentlichkeit ein gewisses Maß an Kredit wiedergegeben. (*Zustimmung.*) Das zweite ist, daß wir trotz aller Bemühungen von „Bild-Zeitung“, „Panorama“ und deutschen Illustrierten, hier eine Art Kandidatenlotto zu veranstalten, bisher im wesentlichen der Versuchung von öffentlichen Äußerungen in zahlreichen Publikationen widerstanden haben.<sup>29</sup> Dieser Versuchung haben wir – einschließlich der besonders Betroffenen und der Genannten – alle widerstanden, und dabei sollten wir bleiben.

Wir sollten neben der sehr entscheidenden Frage, die uns hier beschäftigt, wie diese Koalitionsverhandlungen zu führen sind, uns das Verfahren noch etwas deutlicher überlegen. Es hat eine Reihe meines Erachtens richtiger Hinweise gegeben. Im übrigen: Halten wir jetzt diesen Punkt, den wir in der Personaldebatte erreicht haben. Wenn man ihn überschreitet, muß man sich über die Konsequenzen – bis zur morgigen Nachrichtengabe hin – völlig im klaren sein.

*Strauß:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Zunächst bitte ich um Nachsicht dafür, daß der Überblick über den bayerischen Wahlkampf und seine weitere Gestaltung mich 1½ Stunden abgehalten hat. Die beiden letzten Beiträge ersparen mir die Hälfte dessen, was ich sagen wollte.

Ich meine, daß wir vor folgenden Problemen stehen: Erstens sehr schnell uns nach Vorberatung in diesem Kreis, in der Fraktion auf einen Namen – selbstverständlich auf dem Wege zwei oder drei notwendig werdender Abstimmungen – zu einigen, zweitens den so Herausgestellten mit der Führung der Sachverhandlungen nach zwei Seiten hin zu beauftragen.

Ich möchte jetzt nicht Lokalpolitik betreiben und auf die Bedeutung der bayerischen Landtagswahlen zu sprechen kommen. Aber nach dem durchaus respektablen oder erträglichen Abschneiden in Hessen, das die Meinungs- und Malaisepropheten weitgehend widerlegt hat, hielte ich ein anständiges Wahlergebnis in Bayern bereits für einen weiteren guten Auftakt im Kreis der Ereignisse, auch der kommenden Landtagswahlen, die uns in den nächsten Jahren bevorstehen. Die Situation in Bayern scheint mir im Laufe der letzten Tage trotz allem besser geworden zu sein. In den Hauptzentren der

29 Vgl. „Spiegel“ vom 17. Oktober 1966 „Opfer fürs Volk“ (im Artikel werden Schröder, Barzel, Lücke und Kiesinger genannt); „Hamburger Abendblatt“ vom 31. Oktober 1966 „Große Koalition unter Barzel als Bundeskanzler?“; „Welt“ vom 4. November 1966 „Eine Entscheidung in Watte – aber wer wird sein Nachfolger?“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 8. November 1966 „CDU-Präsidium will auch mit der SPD verhandeln“.

FDP in Mittelfranken, Oberfranken haben die Wähler das Vorgehen der FDP – Sprengung der Koalition – nicht mit Freude aufgenommen. Die Angst der FDP, daß die NPD aus ihrem Verhalten Vorteile ziehen und die CSU sich konsolidieren könnte, ist nicht unberechtigt. Während wir im April, Mai – noch bis Juli und August hinein – nicht mit Sicherheit damit rechnen konnten, daß die FDP überhaupt in den Landtag kommen würde, mußten wir im September, Oktober damit rechnen, daß sie mit Sicherheit hineinkommt; sie bangt jetzt wieder um ihre Existenz im Landtag.<sup>30</sup> Kein Mensch kann sagen, ob sie um ein paar Promille drüber oder drunter liegt. Jedenfalls ist für die FDP wieder die Existenzfrage gestellt.

Aus diesem Grunde vermeidet es die FDP jetzt, sich sichtbar in Verhandlungen mit der SPD einzulassen. Trotz der Einheitlichkeit des Vorgehens zwischen SPD und FDP heute morgen will sie sich offensichtlich nach den Informationen, die ich in der letzten halben Stunde bekommen habe, nicht öffentlich in Koalitionsverhandlungen mit der SPD zeigen, weil sie daraus negative Rückwirkungen für ihre Position in Bayern erwartet. Das heißt, wir haben noch Zeit, aber wir haben nicht so viel Zeit, daß das Gesetz des Handelns noch unbefristet in unserer Hand bleibt.

Ich möchte zur Frage der Person auch empfehlen – genau im Sinn dessen, was die Kollegen Kohl und Stoltenberg gesagt haben –, jetzt nicht in eine Würdigung der Kandidaten nach Vorteilen und Nachteilen einzutreten, sondern diesen Vorstand, dem ich ja nur eine Empfehlung geben kann, da ich kein Stimmrecht habe, so zu verlassen, daß der Vorstand empfiehlt, aus dem Kreis der genannten Kandidaten sich auf einen Kandidaten zu einigen. Ich hielte es aus politischen und psychologischen Gründen für falsch, wenn aus diesem Vorstand – was sowieso nicht zu verheimlichen wäre – von vornherein schon eine Person herauskäme. Aber gut, das könnte man ertragen. Aber dann würde sich sicherlich die Fraktion präokkupiert fühlen. Und genau das sollte aus den Gründen, die auch Kollege Stoltenberg in seinen Gedanken angeführt hatte, nicht geschehen. Dann ist am Donnerstag oder Freitag die Fraktion am Zuge.

Ich halte nichts davon, etwa eine Kommission zu bilden, der alle diejenigen, die hier genannt worden sind, nicht angehören. Eine Kommission hat nur dann einen Sinn – das darf ich nach meinen Erfahrungen sagen, die sich nun beinahe schon über zwei Jahrzehnte erstrecken –, wenn diese Kommission von dem geführt wird, der dann auf dem Wege der vorher geschilderten Prozedur herausgestellt wird. Ich empfehle auch, diese Kommission nicht mit Personalfragen – etwa über einen anderen Kanzlerkandidaten – zu befassen. Das schließt ja die Prozedur, die ich vorschlage, aus. Diese Kommission unter Führung des designierten Kandidaten soll mit der Führung der Sachverhandlungen beauftragt werden.

Ich würde empfehlen, daß, selbst wenn wir bei den Verhandlungen rasch vorankämen, eine endgültige Entscheidung über die Koalition nicht vor dem 20. November getroffen wird. (*Zustimmung. – Kohl:* Waren wir schon klar!) Waren wir schon klar; ich

30 Die FDP erreichte am 20. November 1966 zwar 5,1% der Stimmen, war aber im Landtag nicht vertreten.

bitte um Entschuldigung, daß ich es noch einmal wiederholt habe. Wir sollten uns nach beiden Seiten hin offenhalten. Wenn der 20. November vorbei ist, können wir sowohl das eine wie das andere – das eine mit weniger innerparteilichen Schwierigkeiten, das andere mit größeren innerparteilichen Schwierigkeiten – tun und verkraften. Wenn es aber zunächst in der Schwebe bleibt, haben wir für die Wahl in Bayern die stärkere Position.

Ich halte es für selbstverständlich, daß vor dem Abschluß einer Koalition der Bundesvorstand der CDU bzw. der Bundesvorstand der CSU noch einmal eingeschaltet werden, weil diese Entscheidung – Fortsetzung der Koalition mit der FDP oder Experiment mit der SPD – dann nicht nur von der Fraktion beantwortet werden kann, sondern auch von den legitimierten Parteigremien der beiden Unionsparteien getragen werden muß. (*Kohl*: Zumal es Auswirkungen auf die Länder hat!) Auch deshalb!

Ich hielte es für erforderlich – das ist die konsequente Fortsetzung dessen, was Kollege Kohl gesagt hat –, daß jeder der vier Genannten erklärt, daß er bereit ist, sich einer Abstimmung zu stellen, damit wir in der Fraktion Klarheit haben und Bescheid wissen, wer bereit ist, sich einer Abstimmung zu stellen. Dabei sollte man gar nicht an einen Einzelnen die Gretchenfrage richten: Bist du bereit zu kandidieren? Da wird nämlich der eine oder andere sagen: Nein, ich kandidiere nicht; aber wenn man mich braucht, stelle ich mich zur Verfügung. (*Heiterkeit*.) Das sind zwei Varianten ein und derselben Gesinnung. (*Kiesinger*: Es kann aber auch einer der Genannten seinen Kandidaten haben und sagen: Wenn der will und Chancen hat, werde ich gegen den nicht kandidieren! – *Weiterer Zuruf*: Hochnobel, das gibt es auch!) Das sollte man dann dem Abstimmungsverfahren überlassen. Wenn vier zur Diskussion stehen und bei der ersten Abstimmung einer herausfällt, dann bleibt es einem der übrigen drei unbenommen, zu sagen: Ich verzichte jetzt auf eine weitere Kandidatur und empfehle, den Herrn Sowieso zu wählen. Dann gibt es eine Stichabstimmung.

Aber wir sollten heute abend hier weggehen und für die Sitzung morgen wissen, daß die vorgenannten Herren – nach der alphabetischen Reihenfolge, Barzel, Gerstenmaier, Kiesinger und Schröder, sagen, ja, wir stellen uns dieser Abstimmung. Dann wissen auch wir in München morgen, wie wir dran sind, und können uns darüber unterhalten und uns für die kommende Fraktionssitzung eine – sicher nicht dem Namen nach festgelegte – Meinung bilden, weil auch München genauso durchlässig ist wie Bonn; aber wir können uns einigermaßen im klaren sein, in welcher Richtung wir uns bewegen wollen.

Diese Prozedur ist schon deswegen notwendig, weil wir von Ende nächster Woche an das Gesetz der Handlungsfreiheit nicht mehr in unserer Hand haben werden. Wir hätten es vielleicht schon über dieses Wochenende verloren, wenn nicht der Termin des 20. November so drohend bevorstehen würde.

Für uns in Bayern wäre es wesentlich – auch in der Ausstrahlung auf die gesamte Bundesstimme und Bundespolitik –, möglichst noch in dieser Woche eine Person zu haben und zu sagen, daß diese Person die Verhandlungen nach beiden Seiten hin aufnimmt. Die Verhandlungen sollten zuerst über Sachprobleme geführt werden. Die Ent-

scheidung, welche Koalition, soll von der Einigung über Sachprobleme gemacht werden. Dann erst soll in das häßliche Stadium der Diskussion über die Besetzung von Sesseln eingetreten werden. Vorher sollte man nicht Junktims machen, nicht einen der Kandidaten negativ oder positiv mit dem oder jenem verbinden. Damit würde dann auch aufhören, daß zahlreiche Befugte – oder meistens Unbefugte – alle möglichen Quer- und Nebenverbindungsgespräche führen und somit eine allgemeine Diffusion der Meinungsbildung eintritt, weil jeder etwas Besonderes weiß. Der eine hat mit A, der andere mit B gesprochen. Jeder weiß, was der Herr Wehner, der Herr Brandt, was Helmut Schmidt<sup>31</sup> oder Herr Zoglmann usw. gesagt haben. Das vermehrt nur den Eindruck der Konfusion.

Ich bitte darum, die genannten Personen zu fragen, ob sie mit einer Kandidatur einverstanden sind. Nach der Tagung in München soll noch in dieser Woche die Entscheidung in der Fraktion herbeigeführt werden. Von da an ist sofort mit den Sachverhandlungen nach beiden Seiten hin zu beginnen. Die Sache soll aber in der Schwebe gelassen werden, bis der 20. November vorbei ist. Die Sachverhandlungen werden sicherlich nicht so leicht sein, daß wir der Gefahr einer abrupten Einigung besonders heftig ausgesetzt sind. (*Heiterkeit.*)

Wenn wir so verfahren, glaube ich – nach dem Echo auf das Verhalten der FDP, auch nach dem gar nicht allzu schlechten Eindruck der heutigen Bundestagsdebatte –, daß wir das Gesetz des Handelns wieder in die Hand bekommen und wieder einen neuen Auftrieb erhalten, daß wir eine anständige Chance haben, in den bayerischen Wahlen gut abzuschneiden. Dann wird in kurzer Zeit das vergessen sein, was uns in den letzten Monaten innerlich und äußerlich so sehr gequält hat. (*Beifall.*)

*Barzel:* Ich glaube, daß zu der Frage, die Herr Strauß gestellt hat, noch eine andere Frage dazugehört, nämlich daß dieses Gremium – das habe ich gestern auch der Fraktion gesagt – genauso wie die Fraktion alle Genannten und Beteiligten in die Pflicht nimmt – und die sich selber gegenüber dem Gremium in die Pflicht nehmen –, daß jeder der Beteiligten am Schluß dem Gewählten hilft und zur Verfügung steht. Sonst kommen wir nämlich in der ganzen Sache überhaupt nicht weiter. Wenn das nicht zu Anfang klar ist, dann können wir die Sache durch eine solche Abstimmung überhaupt nicht klären. Das ist eine Frage, die vorher zur Basis – wenn Sie wollen zur Geschäftsgrundlage – der Möglichkeiten überhaupt gehört.

*Gerstenmaier:* Meine Damen und Herren! Ich versteh es so, daß „kandidieren“ heißt, sich um ein Amt bewerben. Ich habe unablässig gesagt und wiederhole das hier,

<sup>31</sup> Helmut Schmidt (geb. 1918), Diplom-Volkswirt; 1949–1951 Referent und Abteilungsleiter in der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr, 1953–1961 und 1965–1987 MdB (SPD, 1967–1969 Fraktionsvorsitzender), 1961–1965 Innensenator in Hamburg, 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, Juli bis November 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1972–1974 Bundesminister der Finanzen, 1974–1982 Bundeskanzler, seit 1983 Mitherausgeber der Wochenzeitschrift „Die Zeit“. Vgl. Martin RUPPS: Helmut Schmidt. Politikverständnis und geistige Grundlagen. Bonn 1997; Hartmut SOELL: Helmut Schmidt. Vernunft und Leidenschaft 1918–1969. Stuttgart 2003.

daß ich nicht gedenke, mich um dieses Amt zu bewerben. Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, daß das nicht im mindesten bedeutet, daß ich dieses Amt nicht hoch schätze, daß es nicht im mindesten irgend etwas Unehrerbietiges bedeutet. Im Gegenteil, ich bin beeindruckt, daß ich überhaupt in diesem Zusammenhang genannt werde.

Ich selber bewerbe mich nicht darum, weil ich glaube, daß diese Partei in einem ganz anderen Sinne, als es in den Wahlkämpfen so gesagt wurde, in den nächsten Jahren vor den Grundfragen ihrer Existenz steht, und weil ich glaube, daß unsere innenpolitische Stabilisierungsfrage und das, was wir bis spätestens Mitte nächsten Jahres aus gewissen weltpolitischen Veränderungen zu erwarten haben, so schwer sein wird, daß ich nur sagen kann: Wenn es mich trifft, so gedenke ich, nicht zu kneifen, meine Pflicht zu tun. Aber, meine Damen und Herren, verzeihen Sie, wenn ich Ihnen sage, daß mir einfach das Selbstbewußtsein fehlt, daß Sie mit mir diese Sache so gewinnen, wie Sie das eigentlich von einem Kandidaten erwarten müssen. Ich kann keine Gewähr dafür übernehmen, daß wir den bitterschweren Wahlkampf 1969 gewinnen werden. Ich kann nur sagen: Ich werde mich nicht schonen.

Ich kann mich auch gar nicht bewerben, sondern ich kann nur sagen: Sie sind frei, zu tun, was Sie wollen. Sollten Sie auf die Idee kommen, mich überhaupt in diese Wahl hineinzubringen, dann kann ich nicht widersprechen. Sollte aus dieser Wahl Entsprechendes herauskommen – nun, ich gedenke meine Pflicht dann zu tun.

*Kiesinger:* Ich war an sich fertig. Nachdem aber Freund Gerstenmaier gesprochen hat, muß ich natürlich auch etwas sagen. Von Bewerbung kann keine Rede sein. Wir sind ins Spiel gekommen. Ich habe vorhin schon gesagt, daß ich meinen Kandidaten habe und wie ich mich verhalten werde. Mehr brauche ich, glaube ich, dazu nicht zu sagen.

Die Schwere des Amtes, das hier übernommen werden soll, ist jedem klar. Ich kann nur jedem Glück wünschen, der schließlich der Erwählte sein wird. Ich möchte also keinen Irrtum lassen, als ob ich in dieser Sache anders sähe als unser Freund Gerstenmaier.

*Schröder:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich werde mich einer Abstimmung in der Fraktion stellen.

*Barzel:* Ich werde mich auch einer Abstimmung stellen. Ich gehe allerdings davon aus, daß die Basis, die ich vorhin nannte, für uns alle gilt.

*Erhard:* Das ist selbstverständlich.

*Röder:* Meine Damen und Herren! Ich habe zu Beginn unserer Verhandlungen auf die Gefahr hingewiesen, die damit verbunden ist, wenn wir uns heute bereits in diesem Kreis auf Namen festlegen. So bestechend sich das anhört, was hier gesagt worden ist – eine Auswahl unter vier zur Verfügung zu haben –, so gefährlich ist es, wenn Sie diese Frage dann nicht zu Ende bringen wollen. Ich finde es interessant und gut, daß die Frage hier angeschnitten worden ist, daß die vier Herren dazu ihre Meinung gesagt haben. Aber wenn Sie das nun nach außen als die Auffassung des Bundesparteivorstands bekanntgeben, so tragen Sie die Entscheidung über den wirklichen und den möglichen Kandidaten nach außen in die Öffentlichkeit. Sie werden nicht verhindern können, daß

in demselben Augenblick in der Öffentlichkeit gegen den einen oder anderen Stellung genommen wird, ja gegen alle vier, und daß Prokundgebungen herauskommen. Das, was wir hier in diesem Saal nicht schaffen, wozu wir angeblich nicht in der Lage sind, übertragen Sie nach außen mit allen Risiken, die für die vier Herren und für die Partei mit dieser Diskussion verbunden sind. Das tritt ein, weil wir nicht bereit sind, diese Frage hier in diesem Kreise, wo wir zuständig sind, zu lösen. Davor warne ich.

*Erhard:* Herr Kollege Röder, ich verstehe Ihre Sorge. Aber ich glaube, es ist unmöglich, daß diese Namen nicht nach außen dringen. (*Zuruf:* Sie stehen jeden Tag in der Zeitung!) Das wird gar keine große Erregung hervorrufen, denn ich lese seit 14 Tagen nichts anderes in der Zeitung, als daß diese vier Kandidaten reinkommen. Da ist gar keine Sensation mehr dabei. Die Sensation würde erst dann beginnen, wenn wir eine Wertung vornehmen wollten. Daran ist wirklich nicht gedacht.

*Altmeier:* Meine Damen und Herren! Wir haben Namen gehört. Wir haben aber vorher gehört, daß Koalitionsverhandlungen stattfinden. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß dieser Kreis heute abend die Liste schließt. Ich bin der Meinung: auf dem Wege von Koalitionsverhandlungen können noch ganz andere Namen kommen. Infolgedessen würde ich es für verhängnisvoll halten, wenn wir jetzt hier auseinandergegangen und hätten nur die vier Namen. Ich bin der Meinung, daß das nicht so zum Ausdruck kommen darf.

*Kohl:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe die vier Namen genannt, weil sie die meist diskutierten Namen sind. Selbstverständlich ist jeder bis in die Abstimmung hinein souverän. In den Abstimmungsgremien können neue Namen auftauchen. Es können auch, Herr Ministerpräsident, in den Koalitionsverhandlungen neue Namen auftauchen. Mir ging es nur einmal darum, heute festzustellen: Die vier werden vor allem genannt.

Unser Freund Strauß hat es freundlicherweise übernommen, eine präzise Frage zu formulieren. Ich möchte feststellen: Auf die präzise Frage ist – zwar mit verschiedenen Formulierungen und verschiedenen, sagen wir einmal, Sentiments, aber in der Sache deutlich – herausgekommen, daß alle vier erklärt haben, für den Fall, daß sie nominiert und gewählt würden, würden sie das Amt übernehmen. Es scheint mir wichtig zu sein, das festzustellen. Aus diesem Kreise wird ja berichtet werden, und es dürfen nicht Nuancen berichtet werden, die nicht zutreffen. Alle vier – gut, die Formulierungen waren unterschiedlich – haben erklärt, wenn sie gewählt würden, würden sie sich – wie einer sagte – der Pflicht nicht entziehen.

*Erhard:* Die Wahl erfolgt durch die Fraktion. Natürlich wird die Fraktion davon erfahren; es war ja der Sinn dieser Sitzung, die Meinung des Parteivorstands einzuhören. Es steht der Fraktion frei, von sich aus auch andere Namen zu nennen. Ich hielt das für so selbstverständlich, daß ich glaubte, darüber nicht zu sprechen zu brauchen.

Meine Damen und Herren, liegen noch Wortmeldungen vor?

Wenn ich dann einmal zusammenfassen darf: Es besteht im Augenblick noch keine Präjudizierung oder Präokkupierung in bezug auf die Person, die zur Nachfolge für die Übernahme des Kanzleramts in Frage kommen. Es besteht Übereinstimmung darüber,

daß dieser Prozeß der Nominierung des Nachfolgers so schnell wie möglich vonstatten gehen soll, nach Möglichkeit noch in dieser Woche, daß mit beiden Seiten Gespräche beginnen sollen. Ich halte es auch für selbstverständlich, daß der von der CDU/CSU vorgeschlagene Kanzler an der Behandlung der Sachfragen, die dann zur Diskussion stehen, beteiligt werden muß.

Ich habe auch Sorgen hinsichtlich der noch bestehenden Unklarheit über die Aufgabe der Kommission. Wir können unmöglich in Verhandlungen treten – sowohl mit der FDP wie auch mit der SPD –, indem wir sozusagen daraus nicht mehr ein internes Gespräch, sondern eine Versammlung zwischen den beiden Fraktionen und Parteien machen. Daraum bin ich der Meinung, das eigentliche Gremium, das am Verhandlungstisch sitzt, soll sehr klein sein, was nicht besagt, daß eine etwas größere Kommission beratend zur Seite steht. – Habe ich hier die Meinung richtig wiedergegeben? (*Zustimmung.*)

*Katzer:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt eine gewisse Vorentscheidung getroffen. Wir haben in den ganzen letzten Wochen immer betont, wie schwierig die Sachfragen sind. Wir haben aber nie darüber gesprochen. Ich weiß nicht, ob das, was ich vorschlage, fair und möglich ist; wir haben immerhin erst 19.15 Uhr. Ich habe die Frage: Wäre es möglich – von mir aus wäre das sehr erwünscht –, die vier Herren, die wir jetzt genannt haben, zu bitten, uns kurz zu sagen, von welchen sachlichen Voraussetzungen sie ... (*Widerspruch.*) – ich stelle diese Frage. Sie können sie ja verneinen. Ich weiß, daß bei personellen Entscheidungen zum Schluß sehr entscheidend sein wird, welche Haltung die einzelnen Herren zu Sachproblemen einnehmen. Deshalb halte ich diese Frage für berechtigt. Ob die Herren das tun können oder tun wollen, ist selbstverständlich ihre Sache.

*Erhard:* Herr Kollege Katzer, ich verstehe Ihre Sorgen. Aber ich würde doch davor warnen, jetzt eine „Tannhäuser-Aufführung“ zu veranstalten. Wir kennen die einzelnen Persönlichkeiten zu gut, als daß wir nicht über ihre politischen Überzeugungen – auch in den Differenzierungen – durchaus Bescheid wüßten.

*Seeböhm:* Herr Bundeskanzler, ich bin vollkommen Ihrer Meinung. Herr Kollege Katzer hat im Grunde recht. Aber die Herren sind uns ja alle genau bekannt. Wir wissen, was wir an ihnen haben und was wir an ihnen schätzen.

Worum es mir geht, das ist der Vorschlag von Herrn Röder zur Bildung der Kommission. Er soll jetzt durchgeführt werden, mindestens soweit es sich um diejenigen Persönlichkeiten handelt, die dieses Gremium zu bestellen hat. Ich meine, das wäre sehr wesentlich. Wir sollten nicht auseinandergehen, ohne entsprechende Namen zu nennen. Ich wäre dankbar, wenn Herr Dufhues bereit wäre, in diese Kommission einzutreten. (*Beifall.*)

*Erhard:* Meine Herren, ich würde auch der Meinung sein: Diese engere Kommission, die sozusagen mit am Verhandlungstisch sitzt, könnte hier nominiert werden. Aber wir müssen das Gesamttableau übersehen. Es kommt noch die CSU – nicht als Fraktion, sondern als Partei – und die Gesamtfraktion der CDU/CSU hinzu. Deshalb sollten von dem Parteivorstand der CDU für dieses engere Gremium nicht mehr als zwei Personen benannt werden.

*Klepsch:* Ich möchte vorschlagen, daß eine der Personen der Bundesparteivorsitzende ist. (*Zuruf:* Das ist doch logisch!)

*Erhard:* Ich glaube, mich können Sie nicht dazu zählen; ich bin sowieso mit von der Partie, mindestens soweit ich noch das Amt des Parteivorsitzenden habe.

*Meyers:* Wenn Sie fünf nennen – davon zwei von der Fraktion und zwei aus diesem Vorstand –, dann würde Herr Duhues der eine sein. Als den dritten Namen würde ich Herrn Heck als den Geschäftsführenden Vorsitzenden vorschlagen; er ist sowohl vom Vorstand wie von der Fraktion. Dann hätten wir das Gleichgewicht. Wir müssen dann noch einen Freund aus diesem Kreis hier nehmen.

*Barzel:* Herr Meyers, das klingt wie das Ei des Kolumbus. Darf ich aber auf folgendes hinweisen: Je nachdem, wer zum Chef dieser Kommission gewählt wird, stellen sich Unionsprobleme, soziologische und konfessionelle. Das ist doch gar keine Frage. Gerade wenn die Kommission klein ist, muß sie ausgewogen sein, damit das, was sie berichtet, trägt. Deshalb ist es schlecht, wenn die zwei, die die Partei nennt ... das ist doch ganz klar.

*Lücke:* Ich glaube, es ist sicherlich notwendig, daß der Geschäftsführende Vorsitzende dabei ist. (*Zurufe.*)

*Erhard:* Meine Damen und Herren, erhebt sich da irgendein Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß als die zwei Mitglieder des Parteivorstands der CDU Herr Kollege Duhues und Herr Kollege Heck dieser Kommission angehören werden. (*Blank:* Wollen Sie nicht einen von der CSU nehmen? – *Stoltenberg:* Das macht die CSU selber!) Wir entscheiden nicht qua Fraktion, sondern qua Partei der CDU. Nun liegt es an der CSU als Partei, auch ein Mitglied zu benennen.

*Adorno:* Herr Bundeskanzler, wir müssen aber die Größe dieser Kommission festlegen. Fünf sind zu wenig, weil die CSU auch vertreten sein muß. Wenn Sie zwei von der Partei und zwei von der Fraktion nehmen, dann sind das vier, und es bleibt für die CSU nur einer. (*Zurufe:* Nein! – Fünf plus zwei!) Hier wurde gerade von fünf gesprochen.

*Meyers:* Ich bin mißverstanden worden, Herr Adorno. Ich wollte sagen: Wenn wir fünf haben – ohne CSU –, dann können wir zwei von diesem Vorstand wählen, zwei aus der Fraktion und den Herrn Heck als dritten; er gehört sowohl der Fraktion wie dem Vorstand an. So habe ich das gemeint. So hätte der Vorstand noch einen. Der CSU könnte man es überlassen, ob sie beide aus ihrem Vorstand oder aus ihrer Fraktion nimmt oder wie sie es aufteilt; es sollten jedenfalls zwei von der CSU noch dazukommen.

*Erhard:* Herr Kollege Meyers, ich glaube, wir können hier nicht festlegen, wieviel Mitglieder die Fraktion entsenden will. Nur gilt auch hier der Satz: so klein wie möglich. Es ist unmöglich, daß von unserer Seite aus ein Beschuß erfolgt: Die Fraktion stellt nur soundso viel Mitglieder. Ich würde sagen: wenige.<sup>32</sup>

32 In der Fraktionssitzung am 9. November 1966 wurde noch einmal über die Zusammensetzung der Verhandlungskommission gesprochen, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 2198. – Die CDU/CSU-Fraktion trat am 10. November 1966 zusammen und wählte im dritten Wahlgang Kurt Georg Kiesinger zum Kanzlerkandidaten der Union, vgl. EBD. S. 2205–

*Amrehn:* Könnte nicht die Fraktion noch heute hier sagen, zu wann eingeladen wird und die Entscheidung fällt? Die Ankündigung des Tags, an dem die Fraktion darüber entscheidet, wäre schon ein weiterer wichtiger Schritt. Unsere Handlungsbereitschaft wird damit demonstriert.

*Barzel:* Herr Rasner, wie sind unsere Planungen für Donnerstag?

*Rasner:* Wir haben am Donnerstag den ganzen Tag Haushaltsdebatte. Die Fraktion kann entweder am Donnerstag abend zu einer Abendsitzung oder am Freitag nachmittag zusammentreten. Nach den Erfahrungen ist der Donnerstag abend besser als der Freitag nachmittag. Das sage ich aufgrund jahrelanger Erfahrungen. Morgen nachmittag geht es nicht, weil wir erst das Votum der CSU abwarten müssen.

*Barzel:* Dann bitte ich, jetzt nur zu sagen: die Fraktion Donnerstag oder Freitag. Denn allein das Überlegen einer fairen Wahlordnung für geheime Wahlen, für die Eventualitäten von Stichwahlen, erfordert morgen ein Stück Vorbereitung. Ob das dann am Donnerstag für den Fall, daß wir erst abends um 9.00 Uhr anfangen, weil da erst die Bundestagssitzung zu Ende ist, fertig wird oder am Freitag weiter geht, ist noch nicht zu übersehen. Sagen wir: Donnerstag oder Freitag. Das genügt. Aber bitte jetzt noch nicht mit zu festem Datum; das kann keiner in dieser Stunde verbindlich zusagen.

*Heck:* Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Es ist der Vorschlag gemacht worden – ich hatte den Eindruck, daß dem allgemein zugestimmt wurde –, wenn die Dinge sich soweit geklärt haben, daß die Frage der Koalition in den Verhandlungen entschieden ist, noch einmal den Vorstand zusammentreten zu lassen. Ich meine, daß wir auch gleichzeitig den Parteiausschuß zusammenrufen sollten, um diese Entscheidung vom Parteiausschuß billig zu lassen.

*Erhard:* Meine Damen und Herren, dann darf ich Ihnen herzlich für Ihr Erscheinen, für Ihre Teilnahme danken. Es ist dies ein Abschied, den wir nehmen, wenn auch nicht gerade an diesem Tage. Ich habe diesem Gremium seit 17 Jahren angehört. Sie können überzeugt sein, daß ich mit Würde und mit Anstand diesen Posten niederlegen werde. (*Beifall.*)

*Barzel:* Meine Damen und Herren! Dies ist nicht die Stunde für lange Reden. Ich glaube, wir sind alle dem Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard für seine vorbildliche Haltung in den letzten Wochen unseren besonderen Respekt, unseren Dank und unsere Bewunderung schuldig. Ich wollte dies – wie ich hoffe, in Ihrer aller Namen – am Schluß dieser Sitzung besonders betonen. (*Beifall.*)

---

2209. – Mitglieder der Verhandlungskommission der CDU/CSU-Fraktion während der Koalitionsverhandlungen, die ebenfalls am 10. November 1966 gewählt wurden, waren Kiesinger, Erhard, Barzel, Strauß, Heck, Schmücker, Lücke, Dollinger, Dufhues, Adorno, Blank, Brand, Burgemeister, Wagner, Rasner, vgl. ACDP 01-226-303; CDU/CSU-FRATIONS-PROTOKOLLE Nr. 364.